



Europäische
Kommission

PANORAMA

Schwerpunkt: Europäische Regionalpolitik und Stadtentwicklung

FRÜHLING 2019 / Nr. 68

Nordwestrumänien: Auf dem richtigen Weg

KOMMISSARIN
CREȚU:
VERGANGENE
ERFOLGE,
KÜNFTIGE
PLÄNE



Regionalpolitik
und Stadt-
entwicklung

PANORAMA

In dieser Ausgabe ...

In der Frühlingsausgabe des Magazins *Panorama*, das jetzt zum Download bereitsteht, wird ein breites Spektrum an Themen behandelt – von städtischen Fragen bis hin zu Themen aus den Bereichen Kultur und industrieller Wandel.

Wir haben ein exklusives Interview mit Kommissarin Corina Crețu geführt, in dem sie auf die vergangenen vier Jahre und die Errungenschaften der Kohäsionspolitik in dieser Zeit zurückblickt. Unser regionaler Schwerpunkt liegt diesmal im Nordwesten Rumäniens und wird durch eine Auswahl an Projekten und Kommentaren von Emil Boc, Bürgermeister von Cluj-Napoca, und Marcel Ioan Boloș, Leiter des Ministeriums für regionale Entwicklung, ergänzt. Darüber hinaus gehen wir auf die Ergebnisse eines kürzlich von URBACT veröffentlichten Berichts ein, in dem aufgezeigt wird, wie städtische Behörden zur Gleichstellung von Männern und Frauen in einer Vielzahl von Bereichen beitragen können, und beleuchten, wie die Initiative „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ diesen dabei hilft, ihre eigene nachhaltige Energie zu erzeugen.

In der Rubrik „Mit eigenen Worten“ erfahren wir Neuigkeiten aus Tschechien und der Region Kujawien-Pommern in Polen. Zudem

erzählen uns junge Menschen von ihren Erfahrungen mit dem Medienprogramm Youth4Regions. Darüber hinaus werfen wir einen Blick hinter die Kulissen einer regelmäßigen nationalen Fernsehsendung in Estland, in der die Vorteile der Kohäsionspolitik dargelegt wurden.

Außerdem erfahren wir, wie die Interreg-Programme die Bemühungen Südkoreas um Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern gestärkt haben, analysieren die Verbreitung von Populismus und Europaskepsis, und auch unsere regelmäßigen Rubriken zu Finanzinstrumenten und Erkenntnissen aus dem Offenen Datenportal sind wieder enthalten. Die Rubrik „Projekte“ führt uns in die Niederlande, nach Polen und in den Alpenraum.

Viel Freude beim Lesen!



AGNÈS MONFRET

Leiterin des Referats Kommunikation, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Europäische Kommission



4



22



36



38

EDITORIAL.....	3	PROJEKTE VOR.....	36
KOMMISSARIN CREȚU SPRICHT ÜBER IHR MANDAT.....	4	IMPULSE FÜR PORTUGAL DURCH DEN INTEGRITÄTSPAKT.....	38
URBACT-BERICHTE ÜBER DIE GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG.....	8	DATENPUNKT: KLIMASCHUTZZIELE.....	40
FI-COMPASS WEIST DEN WEG.....	12	POLNISCHE GEMEINDEN IN DER ROLLE ALS VORREITER.....	42
NORDWESTRUMÄNIEN: DIE GUTE ARBEIT FORTSETZEN.....	14	TSCHECHIEN: KOHÄSIONSPOLITIK NACH 2020.....	43
SAUBERE ENERGIE FÜR DIE INSELN IN DER EU.....	22	KOREANISCHE DELEGATION TRIFFT INTERREG.....	44
KARTIERUNG DER UNZUFRIEDENHEIT IN DER EU.....	28	NACHRICHTEN IN KÜRZE.....	47
YOUTH4REGIONS IN DER ERFOLGSSPUR.....	32	PROJEKTE AUS DEN NIEDERLANDEN, POLEN UND DEM ALPENRAUM.....	48
ESTNISCHES FERNSEHEN STELLT EU-FINANZIERTE			

EDITORIAL

Die Programme der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021-2027 werden zurzeit ausgearbeitet. Nach der Annahme der Vorschläge der Kommission für den neuen Zeitraum im Mai 2018 haben sich die Kommissionsdienststellen mit der Bewertung des Investitionsbedarfs, der Herausforderungen und des Potenzials aller Mitgliedstaaten beschäftigt. Nun ist die Zeit gekommen, die Ansichten der Kommission über die bestmögliche Förderung dieser Investitionsvorhaben durch die Kohäsionspolitik darzulegen und gleichzeitig die EU-Regionen erneut darin zu bestärken, die Prioritäten auf EU-Ebene – ein intelligenteres, umweltfreundlicheres, CO₂-freies, stärker vernetztes und sozialeres, bürgernäheres Europa – zu erreichen.

Erstmals ist in dieser Runde die Vorstellung der neuen Programme mit der Annahme der Länderberichte im Rahmen des Zyklus des Europäischen Semesters zur Abstimmung der Wirtschaftspolitik verknüpft. Damit soll sichergestellt werden, dass die Investitionsschwerpunkte der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021-2027 zur Erreichung übergeordneter Ziele der wirtschaftspolitischen Koordinierung beitragen: Gewährleistung gesunder öffentlicher Finanzen, Vermeidung übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte, Unterstützung von Strukturreformen, die zu mehr Arbeitsplätzen und Wachstum führen und Investitionen ankurzeln.

Die Herausforderungen sind damit genauso groß wie unsere gemeinsame Verantwortung. Daher wollten wir die Hauptstadt eines jeden Mitgliedstaates und die verschiedenen Interessengruppen der Kohäsionspolitik besuchen und einen ersten Austausch über die bestmögliche Zusammenarbeit in diesen neuen Programmen ermöglichen. Diesem Zweck dienen auch die 27 nationalen Eröffnungsveranstaltungen im März und April 2019: Ihnen die Möglichkeit zu bieten, verschiedene Beamten der Kommission aus unterschiedlichen

Dienststellen zu treffen und die Prioritäten Ihres Landes für Investitionen der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021-2027 zu besprechen. Ich habe die Ehre, mich in diesen Prozess einbringen zu können.

Diese Eröffnungsveranstaltungen sind jedoch nur der erste Schritt zu einem partnerschaftlichen Dialog, der voraussichtlich mehrere Monate dauern wird. Ich möchte Sie ermutigen, sich aktiv an diesem Dialog zu beteiligen. Ich sage oft, dass die Interessengruppen die Seele der Kohäsionspolitik verkörpern, das gilt in besonderem Maße, wenn es um die Gestaltung und Vorbereitung der Programme geht. Ihr Wissen und ihre Erfahrung können im kommenden Jahrzehnt wirklich etwas bewirken.

Ich möchte Sie auch dazu aufrufen, uns dabei zu unterstützen, für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der bevorstehenden Europawahl zu werben. Einige EU-Beamte setzen sich bereits direkt vor Ort, insbesondere im Rahmen des Bürgerdialogs, dafür ein, die Europäer für die Wahl zu begeistern. Diese Bemühungen werden sich mit Ihrer Hilfe sicherlich als deutlich fruchtbarer erweisen, da Sie eine besondere Stellung im Herzen des weltweit größten Wirtschaftsblocks einnehmen, um unseren europäischen Mitbürgern in eigenen Worten zu erklären, wie sich die EU für sie engagiert, was sie ihnen bietet und für sie erreicht. Bündeln wir unsere Kräfte! ■



Crețu

Corina Crețu
EU-Kommissarin für Regionalpolitik

Kommissarin Crețu spricht über die Erfolge der Kohäsionspolitik

Corina Crețu steht als Kommissarin für Regionalpolitik und Stadtentwicklung kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit. Sie unterstreicht einige der wichtigsten Erfolge der Kohäsionspolitik in allen EU-Regionen und beleuchtet die künftigen Chancen, als zentraler Grundpfeiler des europäischen Projekts wirklich etwas zu bewirken.



In den vergangenen fünf Jahren hat es sich die Kommission Juncker zur Aufgabe gemacht, in vielen Bereichen Fortschritte zu erzielen. Welche sind die drei wichtigsten Errungenschaften der Kohäsionspolitik, auf die Sie besonders stolz sind?

Ich bin stolz auf die zahlreichen Errungenschaften, die während meines Mandats als Kommissarin für Regionalpolitik erreicht wurden. Durch die Finanzierung von Tausenden Projekten in ganz Europa sorgt die Kohäsionspolitik dafür, dass alle Regionen, Städte und Dörfer vom europäischen Projekt profitieren können. Sie ist eine starke, direkte Verbindung zwischen der EU und ihren Regionen und Städten, die besonders in Zeiten wichtig ist, in denen Populismus und Europaskepsis verlockende Antworten für manche Bürgerinnen und Bürger sein können.

Die **Task Force für bessere Umsetzung** hat acht Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechien, Kroatien, Italien, Ungarn, Rumänien, Slowenien und Slowakei) geholfen, die verbleibenden Mittel der Kohäsionspolitik aus dem Haushaltszeitraum 2007-2013 rasch und vernünftig zu verwenden, die ansonsten möglicherweise verloren gegangen

wären und nicht ihren Zweck erfüllt hätten, in erster Linie Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Task Force befasste sich später auch mit der Umsetzung der Programme für 2014-2020, besonders durch unterstützende Verwaltungskapazität und mit den gewonnenen Erkenntnissen aus der Vergangenheit.

Die **Hochrangige Gruppe zur Vereinfachung**, die wir zwischen Juli 2015 und November 2017 eingerichtet haben, hat aufgezeigt, dass die Vorschriften drastisch vereinfacht werden können, ohne die hohen Standards für die ordnungsgemäße Verwaltung der EU-Mittel zu vernachlässigen. Deren Arbeit hat auch zum Vorschlag für eine bessere Kohäsionspolitik im kommenden EU-Haushaltszeitraum beigetragen, der im Jahr 2021 beginnt. Diese Gruppe hat außerdem dafür gesorgt, dass die Kommission bereits eine günstigere Behandlung für KMU vorgeschlagen hat, die in Forschung und Innovation investieren. Zudem ist der Legislativvorschlag der Kommission für den Zeitraum nach 2020 um 50% kürzer als in der geltenden Gesetzgebung ausgefallen.

Die „Aufholinitiative“ und die „Initiative für Kohleregionen im Wandel“ haben

jeweils den Bedarf nach einem maßgeschneiderten Ansatz für den industriellen Wandel und die wirtschaftliche Modernisierung hervorgehoben, damit in einer globalisierten Welt alle Regionen ihre Identität behalten.

Mit der **„Aufholinitiative“** helfen wir einkommensschwachen Regionen, Wachstumshindernisse im Zusammenhang mit den makroökonomischen Rahmenbedingungen, Strukturreformen, Governance und Investitionen sowie EU-Fonds (ESI-Fonds) zu überwinden. Wir haben besonders zwei Arten von Regionen geholfen: „Regionen mit geringem Wachstum“ – diese Regionen (zumeist in Südeuropa) sind besonders durch fehlendes Wachstum in den vergangenen zehn oder mehr Jahren geprägt; sowie „einkommensschwachen Regionen“ – deren BIP steigt, die aber trotzdem sehr arm bleiben. Im Rahmen dieser Initiative verfügen wir über vier Pilotregionen, zwei in Polen und zwei in Rumänien, in denen wir einige erhebliche strukturelle Veränderungen bewirken. Die zweite Phase der Initiative ist gerade in neuen Regionen und mit neuen Themenschwerpunkten wie Energieeffizienz in den sogenannten „Kohleregionen im Wandel“ und dem industriellen Wandel angelaufen. Anfang 2018 ist die Initia-

tive offiziell in zwei Regionen in der Slowakei angelaufen, und konzentriert sich auf deren spezifische Bedürfnisse.

Mit der **Initiative für Kohleregionen im Wandel** fokussieren wir uns auf sieben Länder (Bulgarien, Tschechien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Polen und Rumänien), in denen Kohle weiterhin ein wichtiger Energielieferant und eine unverzichtbare Beschäftigungsquelle ist, um ihnen den Übergang zu einer modernen und sauberen Energieeffizienz zu erleichtern. Die Kohleindustrie beschäftigt gegenwärtig rund 237 000 Menschen in sieben Ländern. Die Fachleute arbeiten eng mit den regionalen und nationalen Behörden zusammen, die daran interessiert sind, sich an der Entwicklung pragmatischer Lösungen für die Unterstützung eines flexiblen strukturellen Wandels zu beteiligen. Die Programme umfassen z. B. bereits die Unterstützung für KMU, Innovationen, den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft, die soziale Integration und die Förderung des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels und der Modernisierung. Die Gesamtmittel der Kohäsionspolitik für die Finanzierung der teilnehmenden Regionen werden auf rund 20 Mrd. EUR für den Zeitraum 2014-2020 geschätzt. Wir haben u. a. mit den tschechischen

Behörden vereinbart, 232 Mio. EUR für Kohleregionen im Wandel neu zuzuweisen. Als Nachfolmaßnahme für zahlreiche Missionen in Polen unterstützen wir jetzt sechs Leitinitiativen in Schlesien mit insgesamt 100 Mio. EUR.

Im Allgemeinen können wir alle sehr froh über die Beträge und die Wirksamkeit der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sein. Nach den neuesten verfügbaren Angaben der offenen Datenplattform wurden aus diesen EU-Fonds bis Ende September 2018 405 Mrd. EUR in die europäische Realwirtschaft investiert. Das entsprach fast zwei Dritteln des Haushalts der ESI-Fonds, die innerhalb der ersten Hälfte des EU-Haushaltszeitraums 2014-2020 investiert wurden.

Die Leitung der Kohäsionspolitik bedeutet eine enge, tägliche Zusammenarbeit mit Interessengruppen auf verschiedenen Ebenen: national, regional und lokal. Wie haben Sie mit ihnen zusammengearbeitet?

Aufgrund der direkten Verbindung, die im Rahmen der Kohäsionspolitik mit Interessengruppen eingegangen wird, hatte ich die Gelegenheit, die Auswirkungen EU-finanzierter Projekte in den

Mitgliedstaaten mitzerleben. Während meines Mandats war es mir außerdem wichtig, die Herausforderungen und Chancen mit den Verwaltungsbehörden und unmittelbar Begünstigten zu besprechen. Eine besonders große Freude war es mir, lokale Interessengruppen zu bestimmten Themen zu befragen. Ich habe u. a. die Einwanderung mit Bürgermeistern diskutiert und den industriellen Wandel mit Regionalpräsidenten erörtert. Ein weiteres Anliegen war mir, die Beziehungen mit Ländern und Regionen außerhalb der EU zu fördern, um Partnerschaften aufzubauen und bewährte Verfahren auszutauschen. In diesem Zusammenhang waren meine offiziellen Besuche beim World Urban Forum Habitat III in Quito in Ecuador sowie in Kuala Lumpur (Malaysia) und China sehr interessant und fruchtbar.

Wie hat sich die Art und Weise, wie wir die Kohäsionspolitik verwalten und übermitteln, verändert und sind wir den Bürgerinnen und Bürgern näher gekommen?

Leider erleben wir gegenwärtig auf dem gesamten Kontinent und im Ausland eine zunehmende Unterstützung von Europakritik und Populismus, wie die kürzlich veröffentlichte Studie der GD



Corina Crețu trifft Teammitglieder des EU-finanzierten italienischen Biomedizin-Projekts MASMEC



Corina Crețu begrüßt Huang Qiang, den stellvertretenden Gouverneur der Provinz Henan in Zentralchina



Corina Crețu mit Emmanuel Macron während eines Besuchs des französischen Senats in Paris, bei dem sie Vorschläge für die künftige Kohäsionspolitik vorgestellt hat

Regionalpolitik und Stadtentwicklung zur EU-feindlichen Stimmabgabe (siehe Die Landkarte der Unzufriedenheit mit der EU, Seite 28) zeigte. Das Ungleichgewicht ist sicher auch auf die Problematik zurückzuführen, dass die Menschen das Gefühl haben, dass die Institutionen nicht angemessen auf ihre Bedürfnisse und Forderungen nach mehr Rechten und Wohlergehen eingehen.

Die Kohäsionspolitik ist wichtig, um dieses Problem zu bewältigen. Wie es der Name schon sagt, steht die Kohäsionspolitik für Solidarität und Wohlstand für alle. Sie gewährleistet, dass alle Regionen, Städte und Dörfer vom europäischen Projekt profitieren und dank der Unterstützung durch die Kohäsionspolitik nach höheren Lebensstandards streben können.

Leider ist das nicht immer für alle offensichtlich. Eine neue, EU-finanzierte Auto-

bahn in einer Region sollte zum Beispiel immer mit den dort neu geschaffenen Arbeitsplätzen in Beziehung gesetzt werden. Besonders solche indirekten Effekte sind für viele Menschen nicht erkennbar.

Die beste Möglichkeit, Europaskepsis anzugehen, ist, den Bürgerinnen und Bürgern aufzuzeigen, dass die EU ihnen viele Vorteile bietet und es dafür viele gute Beispiele gibt. Viele unserer Kommunikationstätigkeiten zielen darauf ab, unsere Politik den Menschen näherzubringen: Kampagnen, auch in den sozialen Medien, Projekte und Veranstaltungen wie etwa Bürgerdialoge.

Dazu möchte ich u. a. die Kampagne „EU in meiner Region“ nicht unerwähnt lassen, in der im vergangenen Jahr über 2 500 Projekte in 27 Ländern ihre Pforten für mehr als 450 000 Besucher öffneten, um ihre EU-kofinanzierten Projekte vorzustellen.

Auch das „Road Trip-Projekt“ ist eine Initiative, die jungen Europäer eine ganz neue Gelegenheit eröffnet, aus erster Hand zu erleben, wofür die EU-Solidarität steht und was sie vor Ort bewirkt. Es handelt sich um eine projektbezogene Reise durch ganz Europa, auf der die Teilnehmenden als Botschafter für eine Vielzahl von durch die EU ermöglichten Projekten und Initiativen fungieren. Die acht Reisenden reisten im Jahr 2018 innerhalb von vier Monaten durch über 20 Länder, besuchten 50 EU-kofinanzierte Projekte und erstellten mehr als 60 Videobeiträge, die 22,8 Millionen Mal angesehen wurden.

Wie ist ihr Ausblick auf Europa und die Kohäsionspolitik in zehn Jahren?

Die Kohäsionspolitik wird in Zusammenarbeit mit anderen EU-Instrumenten weiterhin die wirksamste ortsbezogene Politik sein, um solche Herausforderun-



Kommissarin Crețu traf Carlos Martínez Mínguez, den Vizepräsidenten des Rates der Gemeinden und Regionen Europas auf dem 9. World Urban Forum in Kuala Lumpur, Malaysia



Corina Crețu (links vorne) und Gabrijela Zalać, kroatische Ministerin für regionale Entwicklung und EU-Förderung (neben ihr) besuchen eine Roma-Siedlung in Kroatien

gen zu meistern. Im Hinblick darauf hat die Kommission eine überarbeitete Gestaltung rund um wenige wesentliche Grundsätze vorgeschlagen.

Die Programme werden mittels einer vereinfachten Programmplanung, leichterer Anpassung und einer systematischen Halbzeitbewertung der Programme im Jahr 2025 flexibler und anpassbarer. Die Fokussierung der Mittel auf wichtige EU-Prioritäten (Innovation und Klima) mit weniger und stärker praxisbezogenen Rahmenbedingungen wird für Effektivität sorgen. Die Politik wird durch die bessere Angleichung an das Europäische Semester zudem strategischer.

Die Vereinfachung mithilfe von rund 80 Maßnahmen soll die effektive Umsetzung beschleunigen und den Verwaltungsaufwand für die Verwaltungsbehörden und Begünstigten erheblich reduzieren. Insbesondere der Wegfall des Verfahrens für

die Benennung von Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden, der umfassendere Rückgriff auf vereinfachte Kostenoptionen, die Aufgabe der Verfahren für Großprojekte und eine erhebliche Verringerung der Verwaltungsüberprüfungen sollen deutliche Vorteile bringen.

Ich sehe die Kohäsionspolitik mit weiterer politischer Unterstützung als Grundpfeiler des europäischen Projekts, sowohl im Hinblick auf konkrete Verbesserungen für die Lebensqualität der Menschen, als auch auf die Stärkung der Solidarität und des europäischen Identitätssinns.

Haben Sie eine letzte Botschaft an die Panorama-Leser?

Meine Botschaft ist ganz einfach: Vielen Dank! Ihre Hingabe, Vorstellungskraft und harte Arbeit sind äußerst wertvoll und haben eindeutig zum Erfolg unserer

Politik beigetragen. Also vielen Dank, dass Sie ein Teil unseres Teams waren und nicht nur die Sichtbarkeit meiner Arbeit erhöht haben, sondern sie in den vergangenen fünf Jahren auch deutlich einfacher und angenehmer gemacht haben! Ich wünsche Ihnen für die Zukunft nur das Beste! ■



Gleichstellung von Männern und Frauen: Wie Städte Vorreiter werden können

Ein neuer Bericht des URBACT-Programms der EU zeigt, wie städtische Behörden einige einfache, praktische Schritte zur Gleichstellung von Männern und Frauen mithilfe von Datensammlung, Politik und Konsultation unternehmen können, um den Alltag aller Menschen in der EU zu verbessern.

Es gibt viele Möglichkeiten, wie städtische Behörden als Vorreiter im Kampf für die Gleichstellung von Männern und Frauen auftreten können, sei es durch den Abbau schädlicher Vorurteile, die Änderung der Art und Weise, wie Mittel zugewiesen werden oder die bessere Unterstützung von Unternehmerinnen. In einem neuen Bericht des URBACT-Programms wird eine Reihe innovativer Verfahren in Städten in der gesamten EU hervorgehoben und es werden Empfehlungen für die Praxis ausgesprochen, wie Behörden positiven Einfluss auf das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger nehmen können.

URBACT ist ein Programm für die europäische territoriale Zusammenarbeit, mit dem eine nachhaltige integrative Stadtentwicklung in Städten in ganz Europa gefördert werden soll. Seine Aufgabe ist es, Städten die Zusammenarbeit zu ermög-

lichen und integrative Lösungen für gemeinsame städtische Herausforderungen mittels Netzwerkarbeit, Erfahrungsaustausch und Ermittlung bewährter Verfahren zu entwickeln.

Das Netzwerk Interaktive Städte von URBACT in Estland ermöglichte z. B. der Stadt Tartu, die Beteiligung der Bürger an der Stadtplanung zu verstärken. Dabei wurde im Rahmen der kontinuierlichen Bestrebungen, die Verwaltung zu digitalisieren, besonders die Einbeziehung junger Menschen in den Mittelpunkt gestellt. In Neapel in Italien hat die Initiative 2nd Chance einem unter Denkmalschutz stehenden, aber verlassenen ehemaligen Militärkrankenhaus neues Leben eingehaucht, indem es in ein beliebtes Gemeinschaftszentrum mit vielerlei Funktionen umgestaltet wurde.

Der Bericht über die Gleichstellung von Männern und Frauen in Städten „Gender Equal Cities“ von URBACT soll nun den städtischen Behörden aufzeigen, wie sie gleichstellungsorientierte politische Maßnahmen umsetzen und mit welchen Initiativen sie den Alltag der dort lebenden Menschen verbessern können. Die Autoren erhoffen sich, die Sensibilisierung für Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts auf lokaler Ebene zu verstärken, zeigen auf, wie diese einen Einfluss auf Bürgerinnen und Bürger haben, und legen dar, wie Städte Maßnahmen zur Bewältigung dieser aufkommenden Probleme ergreifen können.

„Nach einer Konsultation mit den Frauen im Stadtrat haben wir 25 neue Straßen nach berühmten polnischen Frauen benannt. Es handelt sich um einen gut sichtbaren Erfolg! Die Menschen laufen nun über diese Straßen und feiern die erfolgreichen Frauen unserer Geschichte.“

Marta Mazurek, Vertreterin des Bürgermeisters in Gleichstellungsfragen, Posen



Die richtigen Fragen stellen

„Gender Equal Cities“ liefert den lokalen Behörden Argumente, um durch die Priorisierung und Etablierung gleichstellungsorientierter Politikgestaltung einen positiven Wandel zu vollziehen.

Die Mitautorin des Berichts Sally Kneeshaw erklärt: „Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist schon ihrem Wesen nach ein langfristiges Ziel, daher ist dieser Bericht zwar nicht erschöpfend, sondern eine Betrachtung der gegenwärtigen Sorgen, ein Beispiel für bewährte Verfahren und eine Bewertung des heutigen Gesamtzusammenhangs. Statt der Vorstellung fertiger Lösungen ist er eher ein Ausgangspunkt: ein Impuls, die richtigen Fragen zu stellen, um alle städtischen politischen Entscheidungsträger dabei zu unterstützen, die Gleichstellung in Europa zu verbessern.“

Im Bericht werden innovative und leicht übertragbare Initiativen aufgezeigt, die in einigen europäischen Städten bereits umgesetzt wurden.

In der rumänischen Stadt Râmnicu Sărat haben die Behörden zum Beispiel erkannt, dass die Sportanlagen der Gemeinde unverhältnismäßig viel von Männern genutzt wurden. Einige Befragungen von Frauen haben es der Stadt ermöglicht, günstige Maßnahmen zu ergreifen. So wurde zum Beispiel die Art, wie die Dienste beworben wurden verändert und Trainingseinheiten nur für Frauen eingerichtet, damit die Anlagen integrierter und häufiger von Frauen genutzt werden.

In Bologna in Italien wurde eine Medienkampagne initiiert und junge Frauen dafür gewonnen, geschult und darin bestärkt, als Botschafterinnen zu agieren, um die Diskriminierung von Gemeinschaften der Sinti und Roma sowie Camminanti zu bekämpfen. Der Gemeinderat von Cascais in Portugal hat Schulungen für das gesamte Personal seiner Kommunikationsabteilung zum Schutz gegen potenzielle Stereotypisierung

EIN BESSERER ÜBERBLICK ÜBER DIE PRIORITÄTEN IN UMEÅ

Die Stadt Umeå in Ostschweden hat durch die Erhebung und Untersuchung von Daten über Verkehrs- und Beschäftigungsmuster aufgezeigt, dass Frauen durch einen einfachen Sachverhalt wie das Schneeräumen im Winter unverhältnismäßig stark beeinträchtigt werden. Anhand der Daten wurde festgestellt, dass Frauen in Pflegeberufen in der Stadt meistens morgens als Erste die Straßen nutzen, häufig auch mit dem Fahrrad. Der Stadtrat hat seine Straßenmeisterei daher angewiesen, die Radwege morgens zuerst zu räumen. Die Straßen werden direkt im Anschluss geräumt, aber durch die Aufmerksamkeit für Gleichstellungsfragen kann die Stadt ihre Dienste besser priorisieren.

Linda Gustafsson, Beamtin für Gleichstellungsfragen der Stadt Umeå, erklärt: „Bei jedem neuen Projekt in den Bereichen Nachhaltigkeit und Mobilität stellen wir uns zuerst die Frage, wie diese sich auf Frauen, Männer, Jungen und Mädchen in der Stadt auswirken werden und wessen Probleme wir damit lösen können.“ „Es ist immer wichtig, die Stadt, in der man lebt und arbeitet, zu kennen: welche Menschen leben hier, welche Bedürfnisse und Wünsche bestehen, wo wird gearbeitet, welche Freizeitbeschäftigung ist beliebt und wie viel Geld ist in Umlauf. Damit die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Stadt funktioniert, muss die Atmosphäre der Stadt bekannt sein. Nicht jede Lösung ist gleichermaßen auf jede Stadt anwendbar, aber dieser Ansatz ist für alle Städte sachdienlich.“

abgehalten, um traditionelle, nicht mehr zeitgemäße geschlechtsspezifische Klischees in ihren digitalen und gedruckten Materialien zu vermeiden. ➤

Städtische Führungskräfte als Triebkraft der Veränderung

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind zwar Frauen, doch sie sind auf nahezu jeder Regierungsebene in der EU unterdurchschnittlich vertreten: nur 28,6% der Mitglieder in Regionalversammlungen und 36% der Mitglieder von Gemeinderäten sind Frauen. Und nur 15% aller Bürgermeister sind weiblich. Frauen werden weiterhin um 16% schlechter bezahlt als Männer, verrichten mehr unbezahlte Arbeiten und erleben geschlechtsbezogene Gewalt. Im Bericht werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie städtische Behörden Veränderungen bewirken können (siehe Infografik weiter unten).

Durch die Zusammenarbeit mit städtischen Führungskräften, die Ausrichtung und Teilnahme an EU-Veranstaltungen und den vereinfachten Austausch von Fachleuten hat das URBACT-Programm vorhandenes Wissen in eindeutige, umsetzbare Empfehlungen übertragen. Es unterstreicht die Erfahrung europäischer Vorreiter und treibt in enger Partnerschaft mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas die Programme für die Gleichstellung von Männern und Frauen voran.

Corina Crețu, Europäische Kommissarin für Regionalpolitik unterstreicht im Vorwort des Berichts: „Wir sind in den vergangenen Jahrzehnten zwar schon etwas vorangekommen, aber es ist noch viel zu tun, um eine Gleichstellung aller Frauen zu erreichen. Wir als europäische Entscheidungsträger sind verantwortlich dafür, fairere Städte zu fördern, in denen Menschen nicht mehr länger von geschlechtsbezogener Gewalt und Ungerechtigkeit betroffen sein dürfen.“ ■

MEHR DAZU

<https://urbact.eu/>
communication@urbact.eu

URBACT ermöglicht Städten die Zusammenarbeit und hilft, integrative Lösungen für gemeinsame städtische Herausforderungen mittels Netzwerkarbeit, Erfahrungsaustausch und Ermittlung bewährter Verfahren zu entwickeln. URBACT ist ein Programm für die europäische territoriale Zusammenarbeit, mit dem eine nachhaltige integrative Stadtentwicklung in Städten in ganz Europa gefördert wird. Das Programm wird seit 2002 durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und EU-Mitgliedstaaten sowie Partnerstaaten finanziert.

WIEN EBNET DEN WEG FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU



Aufschlussreicher Ausflug in Wien während eines Studienbesuchs von „Gender Equal Cities“

Wien hat eine der längsten Geschichten in der gleichstellungsorientierten Planung in Europa. Das Frauenbüro eröffnete im Jahr 1992 und die Gleichstellung von Mann und Frau – also die Umsetzung von Gleichstellungsfragen als Querschnittsthema – begann im Jahr 2005. Heute gibt es in der Stadt überall Fachkräfte und Unterstützer in Gleichstellungsfragen. Es wird in allen Strategien ein starker Fokus auf die Gleichstellung gesetzt und alle öffentlichen Gebäude und Räume werden unter Berücksichtigung der Gleichstellungsfragen entworfen und errichtet. Das Ergebnis ist eine städtische Landschaft, von der alle profitieren, sei es in Parks, auf Gehwegen oder im sozialen Wohnungsbau.

Eva Kail, Leiterin der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen in der Stadtbaudirektion, sagt zu diesem Thema: „Die Stadt Wien hat bereits früh erkannt, dass eine Verbindung zwischen der Qualität des alltäglichen Lebens und der physischen Struktur einer Stadt besteht und dass Männer und Frauen darauf einen unterschiedlichen Blick haben.“ Zu den in diesem Zusammenhang entwickelten Projekten gehörte auch eine Einladung an alle Mädchen, den Planern bei der Gestaltung städtischer Parkanlagen zu helfen, nachdem herausgekommen war, dass Mädchen ab einem Alter von 13 Jahren diese nicht mehr nutzten, während Jungen dort deutlich länger spielen. Ein Architekturwettbewerb rief Architektinnen dazu auf, eine Wohnanlage zu entwerfen, bei welcher der Fokus darauf lag, den Alltag aus weiblicher Sicht für dort lebende Familien und Einzelpersonen zu erleichtern.

Die Wiener Behörden haben mit ihrer weltweit führenden Rolle in der Gleichstellung von Mann und Frau eine Reihe an Leitfäden für Städte ausgearbeitet, die ihrem Beispiel folgen wollen. Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt darauf, wie diese Gleichstellung auch zu einem Zeitpunkt, an dem die Mittel begrenzt sind, gelingen kann. Die Wiener Beamten sind der Auffassung, dass eine gleichstellungsorientierte Planung faktisch wirksamer ist, da sie die Mittel besser nutzt.



„Wir als europäische Entscheidungsträger sind verantwortlich dafür, fairere Städte zu fördern, in denen Menschen nicht mehr länger von geschlechtsbezogener Gewalt und Ungerechtigkeit betroffen sein dürfen.“

Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik

GLEICHSTELLUNG IM MITTELPUNKT

Kommissarin Corina Crețu trat bei der Veranstaltung über die Gleichstellung von Männern und Frauen in Städten am 7. März, einen Tag vor dem Internationalen Frauentag, als Gastgeberin auf. Die Veranstaltung wurde in Form einer politischen Diskussion am runden Tisch zwischen Bürgermeistern, ihren Stellvertretern und anderen gewählten Vertretern ausgerichtet. Da viele Veranstaltungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene stattfinden, wurde diese Gelegenheit genutzt, um eine Verknüpfung zwischen verschiedenen Veranstaltungen zu erstellen und dem größtmöglichen Publikum einheitliche Botschaften und Empfehlungen zu überbringen. Die Metapher „die Fackel weitertragen“ wurde verwendet, um die Idee zu veranschaulichen, die Ergebnisse von Veranstaltung zu Veranstaltung weiter zu verbreiten.

Zu den Rednern gehörten Maimunah Mohd Sharif, die Direktorin von UN-Habitat und der Bürgermeister von Galdakao in Spanien, Ibon Uribe. Er hatte bereits an den vom Europäischen Ausschuss der Regionen und vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas zu diesem Thema ausgerichteten Veranstaltungen teilgenommen und war der erste „Fackelträger“, der dieses Thema der Kommission für den

EUROCITIES Bürgermeistertreffen vorlegte, bei dem auch die Teilhabe von Frauen diskutiert wurde (20.-21. März).

Bei der Veranstaltung am 7. März wurde eine kurze Präsentation zum URBACT-Bericht und den wichtigsten Botschaften des Überwachungsinstruments zur regionalen Gleichstellung von Männern und Frauen, das von der Gemeinsamen Forschungsstelle und GD REGIO entwickelt wurde, abgehalten. Zudem wurde der Bericht „Gender Equality Enhancer“ von UN-Habitat kurz vorgestellt, mit dem die Gleichstellung von Männern und Frauen gestärkt werden soll. Darauf folgte eine Debatte darüber, wie die Gleichstellung von Männern und Frauen in Städten durch die Berücksichtigung von drei wesentlichen Themen gefördert werden könnte: Vertretung und Beteiligung, Planung und öffentlicher Raum sowie Integration von Migranten. Die Einblicke von Teilnehmern über lokale Erfahrungen und bewährte Verfahren führten zu einer fruchtbaren Konversation über die Bewältigung von Herausforderungen und verbliebenen Diskrepanzen, die manchmal nicht so offensichtlich sind.

Das Fazit von Kommissarin Crețu lautete, dass die Veranstaltung sehr inspirierend war und dem langen Kampf um die Gleichstellung von Männern und Frauen die notwendige Aufmerksamkeit zuteil werden ließ.



Teilnehmer der Debatte über „Gleichstellung von Männern und Frauen in Städten“ am 7. März 2019

Finanzinstrumente: Intelligenterer Einsatz der EU-Mittel



Johnathan Denness, der neue Leiter des Referats Finanzinstrumente und Beziehungen mit internationalen Finanzinstitutionen in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Kommission spricht mit *Panorama* über die Bedeutung der Finanzinstrumente zur Ergänzung herkömmlicher finanzieller Unterstützung.

Wozu dienen Finanzinstrumente und warum sollten sie im Mitgliedstaat/in der Region eingesetzt werden?

Die Ressourcen der Kohäsionspolitik sollen im Programmplanungszeitraum 2021-2027 knapper werden. Gleichzeitig stehen wir in Europa vor wesentlichen Herausforderungen. Das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen müssen weiter gefördert werden. Wir müssen mit weniger Mitteln mehr erreichen. Dies kann mit Finanzinstrumenten gelingen.

Die Kommissionsdienststellen stehen in der Pflicht, diesen intelligenteren Einsatz der EU-Mittel durch Finanzinstrumente als wirksamere und nachhaltigere Alternative zu unterstützen, um die herkömmliche zuschussbasierte Finanzierung zu ergänzen. Dazu sollte klargestellt werden, dass Finanzinstrumente nicht als Selbstzweck, sondern als Mechanismus für die Umsetzung der Politik dienen. Finanzinstrumente sorgen dafür, Investitionen vor Ort für Aktivitäten zur Generierung von Umsatz und zur Einsparung von Kosten anzulocken und gleichzeitig private Investitionen mit minimaler öffentlicher Unterstützung bestmöglich einzusetzen, um für die Erreichung der Ziele der Kohäsionspolitik in Bezug auf den wirtschaftlichen,

sozialen und territorialen Zusammenhalt zu sorgen.

Neben den offensichtlichen Vorteilen der Generierung zusätzlicher Mittel und langfristigen Wiederverwendung von Finanzmitteln, bietet der Aspekt der Rückzahlung von Finanzinstrumenten Anreize für eine bessere Leistung sowie größere finanzielle Disziplin auf der Ebene der unterstützten Projekte. Nicht zuletzt verwandeln sich die Rückflüsse aus diesen Investitionen in Mittel, die den nationalen Behörden zur Verfügung stehen und später in andere Projekte reinvestiert werden können.

Wie ist der Stand der Umsetzung im Rahmen von EFRE und Kohäsionsfonds?

Der Gesamtbetrag des Programms für Finanzinstrumente beläuft sich auf 25 Mrd. EUR (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Kohäsionsfonds und nationale Kofinanzierung). Dies entspricht fast 7 % der Gesamtmittelzuweisung. Es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. So haben Spanien, Lettland, Litauen, Ungarn, die Niederlande, Polen, Portugal und Schweden einen relativ großen Anteil der Mittel aus den Kohäsionsfonds den Finanzinstrumenten zugewiesen; nur

drei Mitgliedstaaten planen, keine Finanzinstrumente einzusetzen.

Die meisten Finanzinstrumente wurde bereits eingerichtet und es wurde begonnen, Mittel aus EFRE und Kohäsionsfonds über Finanzprodukte wie Darlehen, Bürgschaften und Eigenkapital zu ergänzen, um so Projekte vor Ort zu unterstützen. Fast 18 Mrd. EUR aus EFRE und Kohäsionsfonds wurden über Finanzinstrumente kanalisiert. Dies ist bereits erheblich mehr als die 11,3 Mrd. EUR, die den Endempfängern im Zeitraum 2007-2013 über solche Instrumente zugute kamen.

Wie erreichen wir die genannte bessere Zukunft? Welche Art der Unterstützung bietet die Kommission?

Wir setzen die Unterstützung für die Entwicklung und den Einsatz von Finanzinstrumenten fort, die über die Programme der Kohäsionspolitik in allen Mitgliedstaaten finanziert werden. Wir stehen den Mitgliedstaaten zur Verfügung, ihre Fragen zu beantworten, sie beim Einsatz zu unterstützen, sie zu besuchen und ihnen über unsere Plattform für technische Unterstützung *Fi-Compass* zu helfen.

Wir fördern außerdem den partnerschaftlichen Austausch zwischen den Mitglied-

staaten. Das Instrument TAIEX-REGIO PEER 2 PEER wurde für den Austausch von Fachwissen zwischen den Behörden, die Finanzmittel aus EFRE und Kohäsionsfonds verwenden, entwickelt. Es unterstützt Behördenvertreter, die für die Verwaltung dieser Mittel zuständig sind, Wissen, bewährte Verfahren und praxisnahe Lösungen für konkrete Probleme auszutauschen, verbessert damit ihre Verwaltungskapazität und sorgt für bessere Ergebnisse bei EU-Investitionen. Es wurde zum Beispiel ein multinationaler Workshop zum Finanzinstrument „KMU-Initiative“ auf EU-Ebene in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsbehörde Maltas abgehalten, bei dem Mitgliedstaaten miteinander sprechen konnten, die ähnlichen Herausforderungen bei deren Einsatz gegenüberstanden.

Im Hinblick auf die Zukunft nahm die Kommission im Mai 2018 ihren Vorschlag für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 an. Die Verhandlungen zwischen den Institutionen laufen derzeit und gute Fortschritte wurden in der Vorbereitung für die Zeit nach 2020 erzielt. Die vorgeschlagene Verordnung sieht mehrere Vereinfachungsmaßnahmen vor, um einen Anreiz für einen umfassenderen Einsatz von Finanzinstrumenten zu bieten. Dafür werden die Bestimmungen vereinheitlicht und aktualisiert, um eine bessere und einfachere Umsetzung und schnellere Einrichtung zu gewährleisten. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören z. B. bessere Möglichkeiten im Hinblick auf die Kombination von Finanzinstrumenten und Zuschüssen, mehr Flexibilität für die Durchführung von Ex-ante-Bewertungen sowie eine einfachere Anspruchsberechtigung und besser umsetzbare Vorschriften für die Berichterstattung. Es besteht für die Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit, einen zweckgebundenen Beitrag zum InvestEU-Programm zu leisten.

Welchen Zweck hat der fi-compass und wie hilft er?

Die Europäische Kommission hat in Partnerschaft mit der Europäischen Investitionsbank die Plattform *fi-compass* eingerichtet, um Beratungsdienste für Finanzinstrumente im Rahmen der Euro-

päischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) anzubieten. *fi-compass* dient der Unterstützung der Verwaltungsbehörden der ESI-Fonds und anderen Akteuren durch die Bereitstellung von praktischem Fachwissen und Lerninstrumenten, inklusive Schulungsseminaren vor Ort und anderen Veranstaltungen mit zahlreichen Vernetzungsmöglichkeiten.

Wir haben das Jahr 2019 mit der Ausrichtung einer zielgerichteten Veranstaltung zu Finanzinstrumenten, die Energieeffizienz und erneuerbare Energien unterstützen, für eine Gruppe Verwaltungsbehörden im Rahmen des Projekts FIRECE gestartet. Ziel ist, die Kapazitäten des öffentlichen Sektors und damit verbundenen Einrichtungen in der Planung gebietsbezogener Niedrigemissionsstrategien zu steigern, um die von der EU und nationalen Gesetzgebern festgelegten regionalen Ziele zur Energieeinsparung einzuhalten. An der Veranstaltung nahmen mehr als 50 Vertreter aus Verwaltungsbehörden, staatlichen Banken und Institutionen und von anderen Interessengruppen teil.

Überdies findet jedes Jahr unsere Leitveranstaltung „FI Campus“ statt, auf der Teilnehmer eigene individuelle Lehrpläne zusammenstellen können. Dabei wählen sie aus gleichzeitig stattfindenden Sitzungen, die ihren besonderen Interessen entsprechen, z. B. Fallstudien, Workshops, Diskussionsrunden und mittelspezifische Sitzungen. Sie bietet eine einzigartige Gelegenheit für die Teilnehmer und eingeladenen Fachleute, sich zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Der FI Campus 2018, auf dem die durch die Omnibus-Verordnung angebotenen Möglichkeiten für Finanzinstrumente diskutiert wurden, fand im vergangenen Dezember in Brüssel statt. Mehr als 360 Interessenvertreter aus allen EU-Ländern nahmen teil.

Können Sie uns eine Erfolgsgeschichte nennen? Wie unterstützt fi-compass Ihre Arbeit?

Als Teil eins des Aktionsbereichs „technische Unterstützung“ von *fi-compass* finanziert die überregionale Unterstützung

Projekte, die auf den möglichen Einsatz von Finanzinstrumenten in den wichtigsten Investitionsbereichen abzielen.

Im Rahmen des Projekts „Revolving Investments in Cities Europe“ wurde der gemeinsame Finanzierungsbedarf in Städten festgelegt und damit die Sektoren ermittelt, in denen Finanzinstrumente Projekte unterstützen können, die an den politischen Prioritäten einer Stadt ausgerichtet wurden.

In einer Projektfallstudie wurde der „Energiefonds Den Haag“ behandelt, bei dem es sich um einen im Jahr 2013 in Den Haag eingerichteten Stadtfonds im Rahmen der JESSICA-Initiative handelt, der zur Kofinanzierung von Energieprojekten vorgesehen ist, die in Form von Darlehen, Bürgschaften und Kapitalinvestitionen in die nachhaltige Stadtentwicklung einbezogen werden. Die Gesamtmittel, die aus nationalen und europäischen Finanzierungsquellen stammen, belaufen sich gegenwärtig auf 18,4 Mio. EUR. Zu den Erfolgsfaktoren zählte die Entscheidung, den Fonds zunächst mit beschränktem Umfang als Pilotfonds ins Leben zu rufen. Andere Stadtfonds können auf dieser Erfahrung aufbauend ebenfalls in geringerem Umfang eingerichtet werden und eine konkrete Investitionsstrategie mit moderaten finanziellen Zusagen prüfen.

„Revolving Investments in Cities Europe“ bietet außerdem einen Entwurf für einen Stadtfonds, ein flexibles Modell, das den besonderen Anforderungen von Städten in der gesamten EU angepasst werden kann, um die Stadtentwicklung zu fördern (dieses Thema wird in der kommenden Ausgabe von *Panorama* näher behandelt). ■

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!vK73RD>
<https://www.fi-compass.eu/>



Nordwestrumänien: Fokus auf nachhaltiger regionaler Entwicklung

Die Region Nordwest in Rumänien ist geografisch und strategisch in Europa verwurzelt, proaktiv an den Industrien der Zukunft beteiligt und doch eng mit seiner Geschichte und Natur verbunden.

Die Region Nordwest in Rumänien ist eine von acht rumänischen Entwicklungsregionen und besteht aus sechs Kreisen: Bihor, Bistrița-Năsăud, Cluj, Maramureș, Satu Mare und Sălaj. Sie verfügt über eine strategische Lage an den Grenzen zu Ungarn und der Ukraine und ist benachbart mit den rumänischen Regionen Zentrum, West und Nordost.

Die Region erstreckt sich auf ein Gebiet von 34 159 Quadratkilometern. Dies entspricht einem Anteil von 14,32 % der Gesamtgröße des Landes. Hier leben 2 730 132 Einwohner. Durch die Region führen fünf europäische Straßen, und sie verfügt über drei internationale Flughäfen. Momentan wird eine Autobahn errichtet. In diesem größtenteils ländlichen und abwechslungsreichen Gebiet sind dynamische Städte, bekannte Universitäten und Unternehmensinfrastrukturen sowie liebenswerte Dörfer, wunderschöne Landschaften und beeindruckende historische Gebäuden zu finden.

Landesweite Attraktionen

Nordwestrumänien ist eine der malerischen Regionen des Landes, denn in diesem einzigartigen ethnografischen Gebiet sind die Berge des Apuseni-Gebirges und ein besonderes kulturelles und ethnologisches Erbe beheimatet. Es handelt sich um eine multiethnische Region, in der Rumänen, Ungarn, Deutsche, Armenier, Roma und andere Volksgruppen zusammenleben.



Die größten Städte hier sind die zweitgrößte Stadt Rumäniens Cluj-Napoca (laut Zensus im Jahr 2011), Baia-Mare, Oradea, Zalău, Satu Mare und Bistrița. Sie gelten gleichzeitig als regionale Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch als Städte mit einem besonderen kulturellen und geschichtlichen Erbe. Die Region hat drei Metropolregionen: Cluj-Napoca, Oradea und Baia-Mare.

Die Region Nordwest befindet sich in Sachen regionaler Wirtschaft in Rumänien beim BIP auf dem vierten und bei Exporten auf dem fünften Rang und strebt an, eine der sich am dynamischsten entwickelnden Regionen in Mittel- und Osteuropa zu werden. Mit einer auf Dienstleistungen und Industrie basie-

< Das Rathaus ist eines der zahlreichen wunderschönen Gebäude in der historischen rumänischen Stadt Oradea

renden, gut entwickelten Wirtschaft verfügt die Region außerdem über die höchste Spezialisierung im Bereich Maschinen- und Anlagenbau und exportiert eine Vielzahl an Erzeugnissen wie Fette und Öle, Holz und Holzwaren, Schuhe und Kopfbedeckungen, Möbel sowie optische, fotografische und kinematographische Ausrüstung wie auch medizinische und chirurgische Instrumente und Geräte. Die Region zeichnet sich ferner durch die höchste Konzentration von IT-Unternehmen außerhalb der Hauptstadt Bukarest aus.



Rumänien hat einen der größten Agrarsektoren in Europa. Bei den nationalen Anbauflächen liegt die Region Nordwest auf dem sechsten Rang in Rumänien und stellt in der Landwirtschaft über 340 000 Arbeitsplätze. Hier werden unter anderem Getreide, Wurzelgemüse, Erdbeeren, Pilze, Äpfel, Pfirsiche, Nektarinen und Nüsse angebaut. Die regionalen Fischzuchtanlagen vermarkten einen erheblichen Anteil (mehr als 25 %) des Gesamtvolumens an Fischereierzeugnissen des Landes. Die Forstwirtschaft nimmt den vierten Rang ein, obwohl der Sektor im gesamten Land aufgrund veralteter Ausrüstung und einer schlechten Verkehrsinfrastruktur nach wie vor unter einer sehr niedrigen Produktivität leidet.

Der Tourismus ist eine weitere wichtige Branche in der Region. Dank des kulturellen, gesundheitlichen, landschaftlichen und ökologischen Tourismus nutzt die Region ihre geschützten Bergregionen und das Natur- und Kulturerbe bestmöglich.

Die Zahl der Bürger mit höherem Bildungsabschluss und der in Universitäten eingeschriebenen Studierenden ist zwar gefallen (2014), doch die Region hat nach Bukarest noch immer die meisten Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationseinrichtungen. Von den fast 3 500 Mitarbeitern im Bereich FEI (2014) waren fast die Hälfte Frauen, was weit über dem EU-Durchschnitt liegt. ■

MEHR DAZU

<http://www.nord-vest.ro/>

DIE REGIONALE ENTWICKLUNGSAGENTUR UND DER REGIONALE ENTWICKLUNGSRAT NORDWEST

Die regionale Entwicklungsagentur Nordwest ist eine unabhängige regionale Organisation, die als öffentliche Behörde mit dem Rechtsstatus einer Körperschaft eingerichtet wurde und in Bereichen arbeitet, die mit der regionalen Entwicklung zusammenhängen. Die Agentur verfügt über eigene Werte und ein Leitbild für ihre Tätigkeiten. Zu den wichtigsten Zielen gehören die Minderung regionaler Ungleichheiten, die Unterstützung einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region sowie die Verbesserung der internen, interregionalen, europäischen und internationalen Zusammenarbeit.

Zu den wichtigsten Befugnissen der Agentur gehört die Ausarbeitung regionaler Entwicklungspläne und -strategien. Im Laufe der Zeit hat sie gemeinsam mit den regionalen Planungsausschüssen strategische regionale Entwicklungspläne für die Programmplanungszeiträume 2000-2002, 2004-2006, 2007-2013 und 2014-2020 erarbeitet.

Die regionale Entwicklungsagentur war in Bezug auf Regionalprogramme als Durchführungsbehörde für Heranführungshilfen im Rahmen des Programms PHARE (wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt) und Regierungsprogramme im Zeitraum von 1999 bis 2006 tätig.

Im Zeitraum 2007-2013 fungierte die Agentur als zwischenengeschaltete Stelle für das regionale operationelle Programm ROP-REGIO, das aus den Strukturfonds kofinanziert wurde. Die zuständige Verwaltungsbehörde für das ROP 2007-2013 war das Ministerium für regionale Entwicklung und öffentliche Verwaltung.

Im Zeitraum 2014-2020 ist die Agentur ebenfalls als zwischenengeschaltete Stelle für das aus den Strukturfonds kofinanzierte ROP-REGIO 2014-2020 tätig. Das genannte Ministerium agiert hier ebenso als Verwaltungsbehörde.

Der **regionale Entwicklungsrat** ist das regionale Entscheidungsgremium und eine freiwillige Partnerschaft lokaler Gemeinden in den sechs einzelnen Kreisen der Region.

Investitionen in den sozialen Zusammenhalt

Panorama befragte Marcel Boloş, den Generaldirektor der regionalen Entwicklungsagentur Nordwest nach seinen Ansichten zum Einfluss, den die Kohäsionspolitik, EU-Investitionen und die regionale Finanzierung bisher auf seine Region hatten und in Zukunft haben werden.

Wie verändert die Unterstützung aus den ESI-Fonds die Lebensqualität in Ihren Städten und Regionen? Nennen Sie uns als Beispiel bitte einige Erfolgsgeschichten.

Die Region Nordwest weist eine strategisch günstige Lage in Europa und Rumänien auf und ist aktiv an den Industrien der Zukunft beteiligt, ohne dabei seine Geschichte zu vergessen. Dynamische Städte, berühmte Universitäten und Unternehmen sowie Freizeitinfrastrukturen koexistieren mit malerischen Dörfern, einer wunderbaren Landschaft und beeindruckenden Denkmälern. Das übergeordnete Ziel der Region für den Zeitraum 2014-2020 liegt im Wachstum der regionalen Wirtschaft mithilfe von mehrdimensionaler und integrierter Entwicklung,



um intra- und interregionale Ungleichheiten zu verringern und die regionalen Lebensstandards zu erhöhen.

Über das operationelle Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung liegt im gegenwärtigen Finanzierungszeitraum 2014-2020 der Fokus auf mehreren Bereichen, in denen die Finanzierung von entscheidender Bedeutung ist, um die Lebensqualität der Einwohner der sechs Kreise in der Region Nordwest zu verbessern: Bihor, Bistrița-Năsăud, Cluj, Maramureș, Satu Mare und Sălaj.

Im Zeitraum von 2014 bis Februar 2019 wurden in folgenden Bereichen zuschussfinanzierte Projekte gestartet, die momentan umgesetzt werden:

i) Förderung des Technologietransfers; ii) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen;

iii) Reduzierung der Kohlendioxidemissionen; iv) Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung; v) langfristige Erhaltung und Nutzung des kulturellen Erbes; vi) Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur von regionaler Bedeutung; vii) Entwicklung der Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit und Soziales; ix) Stärkung der Bildungsinfrastruktur; und x) Förderung der Erneuerung kleiner und mittelgroßer Städte.

Ich möchte von den erfolgreich umgesetzten Projekten aus dem regionalen operationellen Programm 2007-2013 gerne drei herausheben: „Förderung des Freizeittourismus durch den Bau des Nymphaea Thermal Wellness Resorts in Oradea“, „Restaurierung des historischen Denkmals von Simion Bărnuțiu und des Casinos in Cluj-Napoca“ sowie „Schaffung eines deutschen Zentrums in Bistrița durch die Sanierung des alten Silberschmiedhauses“.

Was hat zum erfolgreichen Einsatz der EU-Investitionen vor Ort beigetragen?

Die Zusammenarbeit zwischen lokalen Institutionen (Kreistag, Rathäuser), regionalen Institutionen wie der regionalen Entwicklungsagentur Nordwest, nationalen Institutionen (Verwaltungsbehörden) und europäischen Institutionen (Kommission und Parlament) war sehr wichtig.

< Der Fluss Sebes-Körös schlängelt sich durch das Zentrum von Oradea

Wir haben uns dementsprechend darauf konzentriert, den Bedarf potenzieller und vorhandener Begünstigter zu verstehen, indem wir ihnen dabei helfen, tragfähige Projekte vorzuschlagen und durchzuführen, die dazu beitragen würden, das übergeordnete Ziel der Region zu erreichen, die intra- und interregionalen Ungleichheiten zu mindern und den Lebensstandard zu erhöhen.

Darüber hinaus war es von entscheidender Bedeutung, direkte Verbindungen zwischen lokalen und regionalen Institutionen sowie dem Privatsektor und Akteuren aus Unternehmen zu knüpfen. Zu diesem Zweck stellt die regionale Entwicklungsagentur zwei IT-Plattformen für Begünstigte und Partner zur Verfügung.

Die GD REGIO Monitoringplattform (<https://regio.nord-vest.ro>) bietet Echtzeitinformationen über die Realisierungsphase von Projekten, die als Schwerpunktthemen für die regionale Entwicklung gelten.

Die Plattform „INNO – Rethinking Business Networks“ für regionale Investitionen (siehe S. 20) (<https://www.inno.ro>) bietet Lösungen für kurzfristige Probleme, z. B. den Zugang zu Finanzierungsquellen, die Suche nach Geschäftspartnern, Technologietransfer, Personalgewinnung und Schulung.

Welche wesentlichen Botschaften haben Sie auf der Grundlage Ihrer Erfahrung und Vision für eine Kohäsionspolitik 2021-2027, die den Gebieten und Regionen mit geographischen Besonderheiten gerecht wird?

Ich denke, die von der Europäischen Kommission bereits vorgeschlagene Modernisierung der Kohäsionspolitik wird auch für die Region Nordwest in Rumänien viele Vorteile mit sich bringen. Erfolge wie die Verringerung der Bürokratie, die Vereinfachung der Beantragung von Mitteln und die Einführung

eines einheitlichen Rechtsrahmens für die den Regionen bereitgestellten Mittel wurden bereits sehr begrüßt.

Welche sind für Sie, beruhend auf Ihren Erfahrungen im Einsatz regionaler Investitionen, die wichtigsten Faktoren für eine bessere Förderung des Potenzials und der Vorzüge von Regionen mit geographischen Besonderheiten?

Ich glaube, im Wesentlichen würde ein Verständnis für die vorhandenen Vorteile seitens der lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungsbehörden in diesen Gebieten und dafür, wie sie diese durch den Zugang zu Beihilfen, die Ankurbelung von Investitionen und die Förderung des Tourismus nutzen können, zur För-

derung und Ausschöpfung des konkreten Potenzials von Regionen mit geographischen Besonderheiten beitragen.

Außerdem sollte, wenn sich die Gebiete mit geographischen Besonderheiten in Regionen verschiedener EU-Mitgliedstaaten befinden, eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf andere, benachbarte Regionen ausgeweitet werden.

Abschließend sollte es ein lokales Konzept für die Weiterentwicklung der betreffenden Regionen geben, das so gestaltet wird, dass es die Entwicklung von benachbarten Regionen ergänzt und auf diese Weise zu einem regionalen Zusammenhalt beiträgt, den wir uns alle wünschen. ■



DIE GUTE ARBEIT FORTSETZEN

Nach Meinung von **Emil Boc, dem Bürgermeister von Cluj-Napoca** führt der Weg zu Wohlstand für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger und zur Konsolidierung der Europäischen Union über die Kohäsionspolitik. Die Kohäsionspolitik sollte als einer der wichtigsten Politikbereiche behandelt werden, von dem das Schicksal der EU abhängt.

In Cluj-Napoca wurden die meisten wichtigen Projekte, die es uns ermöglicht haben, die strategischen Ziele einer besseren Lebensqualität für unsere Bürger zu erreichen und umzusetzen, über Programme der Kohäsionspolitik finanziert. Für den Zeitraum 2021-2027 hat ein neues Instrument der Zusammenarbeit – die Europäische Stadtinitiative – das Potenzial, Zugang zur Finanzierung unserer Projekte in den Bereichen Innovation und städtische Mobilität zu bieten, sodass wir unsere bisherige Arbeit fortsetzen könnten.

Es ist wichtig, dass die Kohäsionspolitik fortgesetzt und in der Zukunft ausgebaut wird, denn sie hat einen direkten Einfluss auf das Leben aller Menschen in der EU. Die Vereinfachung der Verfahren sollte ebenfalls als Ziel berücksichtigt und das Modell „n+3“ für das kommende Haushaltsjahr beibehalten werden.

Nordwestrumänien

Die Region, die sich aus sechs Kreisen auf einem 34 160 km² großen Gebiet zusammensetzt, setzt auf Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung, der Achtung von Traditionen und des historischen, natürlichen und architektonischen Erbes sowie die Nutzung seiner ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt.



BEVÖLKERUNG: 2,7 Millionen Einwohner, etwa 13 % der Gesamtbevölkerung des Landes. Neben Rumänen, die fast 75 % dieser Zahl ausmachen, leben hier Ungarn, Roma, Ukrainer und Deutsche.

ARBEITSMARKT: im Jahr 2015 lag die Beschäftigungsquote bei 42,33 % auf nationaler Ebene und 45,88 % auf regionaler Ebene. Von diesen Arbeitnehmern waren 28,16 % in der Landwirtschaft, 23,04 % in der Industrie, 13,02 % im Handel und 6,48 % im Bauwesen beschäftigt.

WIRTSCHAFT: im Jahr 2014 betrug das Pro-Kopf-BIP in KKS 13 100 KKS/Einwohner. Dies entspricht 48 % des EU-Durchschnitts und dem vierten Gesamtrang in Rumänien. Die internationalen Handelsexporte nach Sektor umfassten einen Anteil von 34 % am Gesamtexport der Region von Maschinen, Apparaten und mechanischen Geräten, elektrischer Ausrüstung, Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten sowie einen Anteil von 6 % am Export von Fertigwaren und Möbeln, Basismetallen, Textilien und Kleidung sowie Kunststoff- und Gummiwaren. Es gab außerdem einen regionalen komparativen Vorteil bei Erzeugnissen wie Fetten und Ölen, Holz, Textilien, Schuhen, elektrischen Maschinen und Geräten sowie bei Möbeln.

HOCHSCHULBILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION: nur 3,49 % der Bevölkerung haben höhere Bildung genossen. Die Anzahl der Studierenden (an den acht anerkannten öffentlichen Hochschulen/Universitäten) fiel im Jahr 2014 um 9,26 % auf 90 418. Auf nationaler Ebene fiel sie um 7,56 % (2005-2014). Die Region verfügt trotzdem über die zweitgrößte Anzahl an FEI-Einrichtungen in Rumänien, die für 9 % der nationalen FTEI-Aufwendungen im Jahr 2013 standen.

Der Anteil der innovativen Unternehmen ist von 27 % der Gesamtzahl der Unternehmen im Zeitraum 2004-2010 auf nur noch 12 % im Jahr 2012 gefallen, was dem letzten Rang im nationalen Vergleich entspricht.

Im Jahr 2014 waren 3 485 Personen im Bereich FEI beschäftigt. 2 280 davon waren Forschende. Fast die Hälfte der FEI-Beschäftigten waren Frauen (48,6 %), deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (35 %).

Pro 1 000 Einwohner gibt es in der Region 26 KMU, in Rumänien sind es 23 und im EU-28-Durchschnitt 44 KMU. Die Unterstützungsstrukturen umfassen 15 anerkannte Industrieparks, die 178 Unternehmen beherbergen, die 10 000 Personen beschäftigen. Die Region verfügt auch über einen Technologiepark, den Liberty Park, eine private Initiative, mit der die Verbindung und Kommunikation zwischen Unternehmen in miteinander zusammenhängenden Bereichen erleichtert werden soll. Der Tetapolis Science Park beruht auf der Partnerschaft zwischen lokalen Behörden und Universitäten in Cluj-Napoca. Bei Hanna Instruments handelt es sich um ein privates Wissenschaftszentrum im Besitz eines multinationalen Konzerns, der Laborausüstung und Analysegeräte herstellt. Die Region beherbergt außerdem drei Gründerzentren und vier große Logistikzentren und unterstützt Cluster-Initiativen bei Aktivitäten und Projekten in den Bereichen Wasser, IKT, Möbel, Energie, Landwirtschaft und Kosmetik.

SONSTIGE SCHLÜSSELSEKTOREN: mehr als 340 000 regionale Arbeitskräfte arbeiten in der Landwirtschaft, in der hauptsächlich Getreide, Wurzelgemüse, Erdbeeren, Pilze sowie Obst und Nüsse angebaut werden. Der Anteil der regionalen Fischzuchtanlagen am Gesamtwert der rumänischen Fischereierzeugnisse beträgt 25 %, die Forstwirtschaft rangiert im inländischen Vergleich an vierter Stelle. Der Tourismus ist in der Region sehr weit verbreitet, denn die Besucher kommen, um eine Vielzahl an Museen, Burgen, Festungen und religiösen Stätten sowie die städtische Architektur zu bewundern. Mit 14 zertifizierten Erholungsorten, medizinischen Zentren und Thermalbädern ist der Gesundheitstourismus eine weitere wichtige Attraktion. Der ländliche Tourismus lädt in die weitläufigen Naturschutzgebiete im Maramuresch-Gebirge, Apuseni-Gebirge und Rodna-Gebirge ein.

AUFWERTUNG DER FESTUNG ORADEA ZUM EUROPÄISCHEN FERIENKOMPLEX

Das Ziel der Aufwertung der Festung Oradea im Kreis Bihor war, dieses wichtige Monument und seine Tausendjährige Geschichte zurück auf die nationale, regionale und internationale touristische Landkarte zu bringen. Dank der Mittel in Höhe von rund 36 780 329 RON (ca. 7 725 158 EUR) einschließlich den 23 197 387 RON (4 871 953 EUR) aus dem EFRE wurde die Festung zu einem wichtigen regionalen Zentrum für kulturelles Erbe und Tourismus. Das Gebäude beherbergt nun die Büros der lokalen Behörden, lokaler und kultureller Einrichtungen und NRO, die neben den Einwohnern und Besuchern der Stadt Oradea von diesem Projekt profitieren konnten.

Das Sanierungsvorhaben lockt zugleich zusätzliche Einnahmeströme auf regionaler und lokaler Ebene an und schafft neue Arbeitsplätze in den Bereichen Kultur, Tourismus und verwandten Wirtschaftssektoren. Zum Ende des Projekts im Jahr 2015 wurden 119 Arbeitsplätze entweder geschaffen oder aufrechterhalten und 19 Stellen für Kulturtourismus eingerichtet. Bis 2018 gab es bei der Anzahl der Besucher des Ortes einen Anstieg um 300%.



ZWECKMÄSSIG: DER WELLNESS-SPA-KOMPLEX „NYMPHAEA“ IN ORADEA



In der Stadt Oradea im Kreis Bihor machte sich ein Gefühl des Wohlbefindens breit, als das Projekt „Nymphaea“ im Jahr 2016 abgeschlossen wurde. Nicht nur die lokale Gemeinschaft, sondern auch Besucher und Unternehmen von außerhalb genießen die großartige Attraktion und die Vorteile des größten Wasserparks in dieser Region Europas.

Besucher, die nach einem Adrenalinkick, einfach nur Ruhe, Entspannung und einer angenehmen Umgebung oder beidem suchen, finden im sieben Hektar großen Aquapark Nymphaea eine faszinierende Welt voller Spaß und Wasser vor, in der die neuesten Technologien genutzt werden. Zu den Attraktionen gehören zehn Rutschen, 15 Schwimm- und Entspannungsbecken, Spielplätze für Kinder, sechs Saunas, Massageräume, ein Dampfbad, Sportplätze und Restaurants.

Mit einem Haushalt in Höhe von 88 342 934 RON (18 555 966 EUR), von denen 32 343 888 RON (6 793 663 EUR) aus dem EFRE stammen, konnte im Rahmen des Projekts die durchschnittliche Besucherzahl des Nymphaea Komplexes um 100% gesteigert werden und es entstanden vor Ort 50 neue Arbeitsplätze.

www.aquapark-nymphaea.ro/



INNO.RO – NEU DURCHDACHTE GESCHÄFTLICHE NETZWERKE



Der Zweck einer durch die Abteilung für regionale Investitionen und innovative Finanzinstrumente der regionalen Entwicklungsagentur Nordwest ins Leben gerufenen Internetplattform ist die Schaffung eines dynamischen Online-Ökosystems, mit dem Entwicklungsmöglichkeiten für seine Mitglieder ermittelt und ermöglicht werden.



Ein reifes und wettbewerbsorientiertes Geschäftsumfeld benötigt digitale Kommunikationsknoten, über die Informationen und Ressourcen schnell und einfach ausgetauscht werden können. Die Bildung einer Gemeinschaft von Fachleuten per Online-Plattform und die Bereitstellung von Instrumenten und Lösungen, die den heutigen Technologien angepasst sind, ist zu diesem Zweck eine naheliegende Antwort auf bestehende Marktbedürfnisse.

Die Plattform ist aufgrund des Bedarfs nach einem Online-Ökosystem entstanden, das es den Interessengruppen in einem hochleistungsfähigen und innovativen Geschäftsumfeld, Start-ups, Forschenden, lokalen Behörden, großen Unternehmen, Banken und Entwicklern ermöglicht, sich schnell und effizient miteinander zu vernetzen.

INNO ist unsere regionale Lösung zur Bewältigung einer globalen Herausforderung: Wie können wir die neuesten Unternehmenslösungen nutzen, um das Potenzial von Kapital und Humanressourcen in einem wettbewerbsfähigen Umfeld auszuschöpfen?



So wird ein Geschäftsumfeld in eine Geschäftsgemeinschaft verwandelt. Der dynamische digitale Knoten und das Online-Zentrum vereinen unternehmerische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und administrative Lösungen für das 21. Jahrhundert. Jedes Modul bietet spezifische Instrumente und Lösungen, um den Bedarf der künftigen Märkte schon heute zu decken. Es stehen sechs verschiedene Module, eine Vielzahl an Ressourcen und eine Reihe von Profiltypen zur Verfügung, die einem Querschnitt von Nutzern zugänglich sind. Es gibt Leitlinien zum Zugang zu Finanzmitteln, zur Suche nach geeigneten Geschäftspartnern, Personalgewinnung und Schulung, zu effizientem Technologietransfer, beschleunigter Innovation und vielem mehr.

Neben der Plattform haben wir die mobile INNO-App entwickelt (verfügbar im AppStore und bei Google Play), über die wir Nutzern frühzeitig Neuigkeiten in den von INNO.RO abgedeckten Bereichen sowie Benachrichtigungen von der Plattform übermitteln. Die App wird kontinuierlich weiterentwickelt und in künftigen Versionen werden Nutzer in der Lage sein, alle Aktivitäten auf der Plattform zu verwalten.

Das gegenwärtige Modell ist lediglich der erste Schritt in Richtung der Entwicklung des gewünschten Online-Ökosystems. Empfehlungen oder Vorschläge für Verbesserungen von Nutzern sind ausdrücklich erwünscht. Wir laden Sie ein, ein Konto zu erstellen, die Plattform zu nutzen und uns Rückmeldung zu geben!

www.inno.ro

FAHRRADVERMIETUNGEN ZUR SELBSTBEDIENUNG IN CLUJ SIND DER HIT



Im Kreis Cluj haben sich die Gemeinde Cluj-Napoca und die Kommunen Florești und Apahida zusammengeschlossen, um ein zusammenhängendes Wege- und Straßennetz zu entwickeln, das sich über etwa 52 Kilometer erstreckt. Zur Unterstützung des Projekts wurde eine Kampagne gestartet, um die Nutzung des Fahrrads in der gesamten Metropolregion zu bewerben. Der Gesamthaushalt in Höhe von 14422085 RON (3031224 EUR), von denen 8926309 RON (1876114 EUR) aus dem EFRE stammen, wurde genutzt, um neue Fahrradwege mit einer Gesamtlänge von 10,81 km sowie 50 Fahrradvermietungen zur Selbstbedienung zu errichten. Das Projektteam erstellte und verteilte dazu 30000 Broschüren und einen Werbefilm.

Zu den Begünstigten dieser Initiative zählen die Einwohner der Metropolregion, Radfahrer, Studierende und andere Gruppen, die in vorübergehender Unterbringung leben, sowie die Geschäftswelt. Innerhalb nur eines Jahres haben sich 6000 Nutzer für das Programm angemeldet.

www.primariaclujnapoca.ro; www.clujbike.eu

STADTPARK „BEGRÜNT“ DIE LEBENSQUALITÄT IN BAIJA-MARE

Im Kreis Maramureş waren die Bewohner der Gemeinde Baia-Mare und der anliegenden Bezirke die wesentlichen Begünstigten des neuen zentralen öffentlichen Parks der Region, der mithilfe der Umnutzung, Umgestaltung und Verbesserung der hiesigen Flächen erschaffen wurde, um ein Freizeit- und Naherholungsgebiet zu gestalten. Der EFRE trug mit 10 114 404 RON (2 124 795 EUR) zum Gesamthaushalt des Projekts in Höhe von 15 921 814 RON (3 344 795 EUR) bei. Ziel war es, den lokalen Gemeinschaften und Besuchern dieses Gebietes zu dienen.

Der Park und das Ausstellungszentrum „Cactus“ wurden erschaffen, indem Bäume, Hecken und Jungpflanzen angepflanzt und vier Musikpavillons, drei Lauben und ein Kinderspielplatz sowie Fußwege und ein Bewässerungssystem errichtet wurden, die zur Gestaltung eines für alle Einwohner zugänglichen grünen Raumes beitragen. Die neuen Einrichtungen sind besonders für angehende Künstler verlockend, die ihre Werke in drei dafür vorgesehenen Bereichen ausstellen können, sowie für Schulkinder, die Bildungsangebote des Parks in den Bereichen Botanik und Ökologie wahrnehmen.



www.baiamare.ro

NEUGESTALTUNG DER ÖFFENTLICHEN GÄRTEN AN DER PIAȚA UNIRII IN ORADEA



Die Piața Unirii ist ein symbolträchtiger Platz in der Gemeinde Oradea, an dem viele bekannte Wahrzeichen zu finden sind. Die während des Projekts ausgeführten Arbeiten veränderten das Bild des Platzes zugunsten der Einwohner, Besucher und Touristen sowie der Institutionen und Unternehmen, die hier ihre Büros haben.

Nach der umfassenden Umgestaltung des Platzes im Jahr 2015 hat er sich zum historischen und kulturellen Zentrum der Stadt entwickelt und lockt mit seinen Denkmälern und Palästen sowie modernen Restaurants und Cafés Tausende Touristen an. Der EFRE trug mit 14 378 829 RON (3 022 028 EUR) zum Gesamthaushalt des Projekts in Höhe von 24 084 363 RON (5 061 517 EUR) bei. Damit wurden elf neue dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen und die Attraktivität des zentral gelegenen Platzes für Kulturveranstaltungen und Geschäftstätigkeiten erhöht.

www.oradea.ro



Unterstützung der Kohäsionspolitik für saubere Energie auf EU-Inseln

Inseln, auf denen ungefähr 15 Millionen Europäer leben, verfügen über das Potenzial, mithilfe neuer Technologien und der Umsetzung innovativer Lösungen als Vorreiter für einen Übergang zu sauberer Energie aufzutreten. Die EU bietet Unterstützung – neue Möglichkeiten für Wachstum und Beschäftigung.



Die Europäische Kommission arbeitet an der Entwicklung und Unterstützung des Potenzials für saubere Energie der europäischen Inselgemeinschaften.

Das Pariser Abkommen erkennt an, dass Inseln besonders anfällig für den Klimawandel und zu stark abhängig von fossilen Brennstoffen und Energieimporten sind. In der EU gibt es mehr als 2 200 bewohnte Inseln. Obwohl diese Inseln Zugang zu erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Sonne und Wellenenergie haben, sind viele von ihnen trotzdem von teuren Importen fossiler Brennstoffe für die Energieversorgung abhängig.

Viele dieser europäischen Inseln sind kleine isolierte Systeme und kleine Märkte. Die Inseln, auf denen ungefähr 15 Millionen Europäer leben, verfügen jedoch über das Potenzial, mithilfe neuer Technologien und der Umsetzung innovativer Lösungen als Vorreiter für einen Übergang zu sauberer Energie zu fungieren.

Inseln und Inselregionen sind aufgrund ihrer abgelegenen Lage und ihres Potenzials, neue Lösungen zu testen und zu präsentieren, im Hinblick auf die Energiepolitik tatsächlich ein besonderer Fall.

» Inseln verfügen über das Potenzial, mithilfe neuer Technologien und der Umsetzung innovativer Lösungen als Vorreiter für einen Übergang zu sauberer Energie aufzutreten. «

Die Initiative ergreifen

Die Initiative „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ im Rahmen der Strategie zur Energieunion bietet einen langfristigen Rahmen, Inseln dabei zu helfen, ihre eigene, kostengünstige Energie zu erzeugen. Dies führt zu:

- › **verringerten Energiekosten**, einer deutlich höheren Produktion erneuerbarer Energien und dem Bau von Energiespeichern und bedarfsgesteuerten Systemen, die neueste Technologie nutzen;
- › **höherer Energiesicherheit für Inseln**, die weniger von Importen abhängig werden;
- › **verbesserter Luftqualität**, geringeren Treibhausgasemissionen und weniger Auswirkungen auf die natürliche Umgebung der Inseln; sowie
- › **der Schaffung neuer Arbeitsplätze** und Geschäftsmöglichkeiten, womit die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Inseln gefördert wird.

Die Initiative „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ wurde im Mai 2017 in Malta ins Leben gerufen, wo die Europäische Kommission und 14 EU-Mitgliedstaaten¹ eine politische Erklärung unterzeichneten. Andere Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, sich der Initiative anzuschließen.

Im Jahr 2018 wurde ein fest zugeordnetes Sekretariat für die Initiative eingerichtet, das Inseln umfassende Beratung für die Einleitung und die Fortsetzung ihres Übergangs zu sauberer Energie bereitstellt. Diese wird in Form von Methoden zur Beteiligung von Interessengruppen, Unterstützung bei der Erarbeitung von Übergangsplänen, Kapazitätsaufbau, technischer Hilfe in der Vorbereitung von Projekten und Finanzplänen sowie Möglichkeiten für den Aufbau von Netzwerken und Partnerschaften gewährt.

Nach einem Aufruf im Februar 2019 wurden 26 Pilotprojekte ausgewählt, die Unterstützung in der Vorbereitung von Plänen für den Übergang zu sauberer Energie erhalten werden. In einer ersten Phase erarbeiten und veröffentlichen sechs Inseln bis Sommer 2019 ihre Pläne – die **Aran-Inseln** (Irland), **Cres-Lošinj** (Kroatien), **Sifnos** (Griechenland), **Culatra** (Portugal), **Salina** (Italien) und **La Palma** (Spanien). Die verbleibenden 20 Inseln, die in Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich liegen, werden bis Sommer 2020 nachziehen.

Diese 26 Inseln wurden aufgrund ihres Potenzials ausgewählt, mit der Hilfe des Sekretariats einen hochwertigen Übergangsprozess umzusetzen. Damit sie für die kommenden Jahre als inspirierende Beispiele für möglichst viele europäische Inseln dienen, wurde ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, Inseln auszuwählen, die eine große Vielfalt geografischer und kontextueller Bedingungen abdecken.

EU-Mittel für Investitionen in saubere Energie, auch für Inseln, stehen zum Beispiel über die Kohäsionspolitik, Horizont 2020, das LIFE-Programm, den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und die Fazilität „Connecting Europe“ zur Verfügung.

Maßgeschneiderte Unterstützung durch die Kohäsionspolitik

Die Initiative „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ passt sehr gut zu den übergeordneten Zielen der Kohäsionspolitik – wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt in der EU. Diese Politik leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Energieunion vor Ort, auch auf EU-Inseln.

Dazu zählen Investitionen in die Energieeffizienz, erneuerbare Energien, intelligente Energieinfrastruktur und das Streben nach einem CO₂-freien Verkehrssektor sowie kohlenstoffarmer

1) Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, Malta, Portugal, Schweden, Finnland

ERNEUERBARE ENERGIEN WERDEN IN AGIOS EFSTRATIOS („AI STRATIS“) IN GRIECHENLAND INTENSIVIERT

Das Ziel des Projekts „Grüne Insel Ai Stratis“, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert wird, lautet, dass mindestens 85 % des Energieverbrauchs auf der Insel aus Quellen stammen, die durch Windenergie- und Photovoltaik-Systeme erzeugt werden. Wie zahlreiche andere griechische Inseln, die weit vom Festland entfernt sind, ist Ai Stratis nicht mit dem nationalen Stromversorgungsnetz verbunden. Daher war sie bisher von öffentlichen dieselbetriebenen Stromgeneratoren abhängig. Auf der Insel werden nun Windenergie- und Photovoltaik-Systeme installiert.

Eine große Windkraftanlage und ein Photovoltaik-Park erzeugen Strom, die Überschüsse daraus werden in Wärmeenergie umgewandelt und in Energiespeichern gelagert. Durch den Bau eines neuen Wärmenetzes liefert das System auch Wärme für die Gebäude und Wohnhäuser auf der Insel. Das Projekt begann im Jahr 2017 und verfügt über einen Gesamthaushalt in Höhe von 8,5 Mio. EUR. Es soll im Jahr 2022 (einschließlich Testbetrieb) abgeschlossen werden. Bisher wurden die Rechtsvorschriften fertiggestellt, um das Projekt als Pilotprojekt anzuerkennen, die Studien zum Hybrid-Kraftwerk und zur Fernwärme durchgeführt und Konsultationen mit den einschlägigen Interessengruppen im Hinblick auf Vernetzung, Verwaltung und Preisgestaltung abgehalten.



Forschung und Innovation. Die Investitionen tragen nicht nur zu den Zielen der Energieunion bei und helfen den Mitgliedstaaten, die Klima- und Energieziele der EU zu erfüllen, sondern ermöglichen außerdem regionale Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, bewältigen Energiearmut und verbessern die Sicherheit der Energieversorgung. Diese Vorteile sind auch für Inseln wichtig.

Aufgrund ihrer Beschaffenheit bietet die Kohäsionspolitik eine strukturelle und langfristige Antwort auf die Herausforderungen, denen verschiedene Regionen wie z. B. Inseln gegenüberstehen. Die Programme erlauben einen maßgeschneiderten Ansatz, der in Partnerschaft mit wichtigen Akteuren vor Ort erarbeitet wird, wie auch Anpassungen für veränderte Umstände.

Ein weiteres Element, das von besonderer Bedeutung für viele Inseln sein könnte, ist der besondere Fokus der Kohäsionspolitik auf ortsbasierte Innovationen und die Erarbeitung von Strategien für intelligente Spezialisierung. Auf diese Weise ist sie die wichtigste EU-Politik, die aktiv für territorialen Zusammenhalt sorgt und langfristig in Gebiete mit geografischen Besonderheiten investiert.

Die makroregionalen Strategien der EU, die den Alpenraum, den Ostseeraum, den Donauroaum und die Region Adria-Ionisches Meer betreffen sowie die europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg) können ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen, indem sie Energiefragen mittels Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den Inseln weiter fördern und unterstützen.

Die Umsetzung hochwertiger Energieprojekte vor Ort ist der Schlüssel zum Erfolg, nicht zuletzt, um den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen greifbare Verbesserungen aufzuzeigen und die Kohlendioxidreduzierung der EU-Inseln zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang kann die Arbeit im Rahmen von „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ besonders wertvoll sein. Die Erarbeitung von Plänen für den Übergang zu sauberer Energie, der Kapazitätsaufbau und die technische Hilfe für teilnehmende Inseln sowie der Austausch von Erfahrungen und Ideen sorgen dafür, dass diese Initiative ein leistungsfähiges Instrument darstellen könnte, um eine Verbindung zu erstklassigen Projekten herzustellen, die sich für die Kofinanzierung aus der Kohäsionspolitik bewerben können.

Menorca in Spanien arbeitet zum Beispiel daran, seine Strategie zur Kohlendioxidreduzierung für 2030 zu verbessern und zu aktualisieren und erhält als eine der bereits genannten Pilotregionen dafür Unterstützung vom Sekretariat. Die Strategie zur Kohlendioxidreduzierung ist ziemlich fortschrittlich und zielt darauf ab, einen Anteil von 85 % an erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung bis 2030 sowie erhebliche Verringerungen in der Nutzung fossiler Brennstoffe wie auch die Elektrifizierung von Verkehr und Gebäuden zu erreichen. Außerdem sorgt ein umfassendes Maßnahmenpaket dafür, das Stromversorgungssystem auf einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien, einschließlich der Stromspeicherung, vorzubereiten. Daneben entstehen auch einige weitere Vorteile,



AUF DEM WEG ZU SAUBEREM VERKEHR IM SCHWEDISCHEN GOTLAND

Das Projekt „Nachhaltiger Verkehr“, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert wurde, zielt darauf ab, die Energieeffizienz auf der Insel Gotland zu verbessern und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem nationalen Ziel zur Verringerung der Klimaauswirkungen aus dem Verkehrssektor in Schweden bis 2030 um 70%. Das Projekt visiert KMU an, die direkt im Straßenverkehr oder zu gewerblichen Zwecken oder im Bauwesen mit Maschinen arbeiten. Es wird angestrebt, diesen Unternehmen zu helfen, ihre Arbeit im Hinblick auf Energieeffizienz zu verbessern. Dies soll mittels Vorlesungen, Seminaren und der Beratung im Bereich Energieeffizienz geschehen. Ein weiterer Aktionsbereich des Projekts legt einen Schwerpunkt auf die umfassendere Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und verbesserter intermodaler Mobilitätslösungen. Der Gesamthaushalt für das Projekt, das von 2018 bis 2021 läuft, beläuft sich auf etwa 1 Mio. EUR. Langfristig soll „Nachhaltiger Verkehr“ durch bessere Energieeffizienz und den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien zur Reduzierung der Klimaauswirkungen aus dem Verkehrssektor auf der Insel beitragen.



<https://klimatsynk.se/projektportfoljer/hallbara-transporter/hallbara-transporter.html>

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN SIZILIEN UND MALTA ZUR ÜBERBRÜCKUNG DES MANGELS AN ERNEUERBAREN ENERGIEN

Das Projekt „Szenarien für erneuerbare Energien auf Inseln“, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert wurde, legte gemeinsame Strategien fest, um die Lücke zu schließen, die Sizilien und Malta beim Einsatz erneuerbarer Energien vom europäischen Durchschnitt trennte und ermutigte den Austausch von Technologien und bewährten Verfahren. Außerdem wurden Maßnahmen getroffen, um Energiestrategien aus ökologischer und sozioökonomischer Sicht zu vergleichen und zu bewerten und einen Aktionsplan zu ermitteln und umzusetzen, der zu einer weiteren Verbreitung von erneuerbaren Energien führt.

Im Rahmen des Projekts wurden eine ökologische, sozioökonomische Datenbank im Zusammenhang mit dem Einsatz erneuerbarer Energiequellen sowie ein Atlas zu erneuerbaren Energien erstellt, um Anlagen und bewährte Verfahren auf maltesischem Gebiet und in den Provinzen Agrigento und Ragusa in Sizilien zu kartieren. Zwei Ausflüge zu erneuerbaren Energien, auf denen die wichtigsten Anlagen für erneuerbare Energieträger Studierenden und Forschenden vorgestellt wurden, führten außerdem zu einem Austausch und zur Verbreitung bewährter Verfahren. Daneben sorgten ein Energieforum, ein in einer Plenarsitzung stattfindendes Seminar und vier Interessengruppen mit Unternehmern, Ingenieuren, Politikern und Bürgern für Durchführungsstrategien zu erneuerbaren Energien. In jedem Gebiet wurde schließlich ein Netz für den fachlichen Austausch über erneuerbare Energien eingerichtet, um über erneuerbare Energien aufzuklären und das Bewusstsein für sie zu stärken. Das Projekt lief von 2011 bis 2012 mit einem Gesamthaushalt in Höhe von 0,6 Mio. EUR.

<https://bit.ly/2TLqZ76>



zum Beispiel die Versorgungssicherheit, soziale Teilhabe, Nutzen für die lokale Wirtschaft und Arbeitsplätze, ökologische Nachhaltigkeit und Integration in die Landschaft und das Erbe der Insel, denn Menorca ist ein UNESCO-Biosphärenreservat.

Die Kommission unterstützt diese Bemühungen ebenfalls direkter, schaltet sich in Gespräche ein, wie die Strategie umgesetzt, der Einsatz verfügbarer EU-Mittel (einschließlich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung) bestmöglich genutzt und private Investitionen angekurbelt werden

können. Ein gemeinsamer Besuch von Vertretern der Generaldirektionen Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Energie der Kommission fand im Januar 2019 statt, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen. Der Austausch wird fortgesetzt.

Die Kohäsionspolitik ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen für die Gebiete in äußerster Randlage, um die Energiewende zu schaffen. Infolge der Verpflichtung – gemäß der Mitteilung über eine Strategie für die Gebiete in äußerster Randlage, die im Oktober 2017 angenommen wurde – sich anhand der durch diese Regionen erarbeiteten bewährten Verfahren mit der EU und international über die Initiative „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ abzustimmen, nehmen diese eine wichtige Rolle in dieser Initiative ein.

Die **Kanarischen Inseln** richteten während ihrer Präsidentschaft der Konferenz der Präsidenten der Gebiete in äußerster Randlage z. B. das zweite Forum „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ aus, bei dem alle Gebiete in äußerster Randlage die Möglichkeit erhielten, ihre bewährten Verfahren im Energiesektor vorzustellen. Die Insel Réunion hat, als weiteres Beispiel, mit Unterstützung von Vertretern der Kommission und der französischen nationalen Verwaltung ein neues Governance-Instrument getestet, das in der Mitteilung vorgeschlagen wurde, um die Energiewende zu beschleunigen.

Investitionen in die Energiewende

Für die Zukunft soll der Vorschlag der Kommission für die Kohäsionspolitik im kommenden Förderzeitraum 2021–2027 die Prioritäten hervorheben, die dabei helfen, Europas Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten und sich an die Globalisierung und den technologischen Wandel, einschließlich der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Übergang zu sauberer Energie, anzupassen.

Um eine saubere und faire Energiewende zu fördern und einzuleiten, müssen erhebliche Beträge verpflichtend auf ein politisches Ziel für ein grüneres, CO₂-armes Europa konzentriert werden. Dazu zählen Investitionen in die Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme, -netze und -speicher auf lokaler Ebene.

Der Vorschlag sieht überdies wesentliche Unterstützung vor, um die größeren Herausforderungen im Hinblick auf einen strukturellen Wandel wie den Übergang zu sauberer Energie zu meistern. Diese Unterstützung schließt Hilfe für eine wirtschaftliche Diversifizierung ein – zum Beispiel Förderung von KMU, Gründerzentren, Innovationen und der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Forschung, Aufbau von Kapazitäten und Kompetenzen sowie Unterstützung für nachhaltigen Verkehr und soziale Integration.

Die Kohäsionspolitik hilft den Mitgliedstaaten und Regionen, einschließlich Inseln, auf diese vielfältige Weise, die Folgen struktureller Veränderungen im Zusammenhang mit dem Übergang zu sauberer Energie und mit weiteren aktuellen Herausforderungen gezielt und maßgeschneidert vorzusehen und zu bewältigen. Die unterschiedlichen lokalen Umstände erlauben es häufig nicht, eine universelle Lösung zu finden, daher muss die Unterstützung ortsbasiert stattfinden und integrierte Maßnahmen für lokale Bedürfnisse bieten. Die Kohäsionspolitik ist in der Lage, einen umfassenden Impuls zur Förderung der Diversifizierung und für die Wertschöpfungskette in den EU-Regionen insbesondere auf der Grundlage von Strategien für intelligente Spezialisierung zu stärken.

Angesichts der Vorbereitungen der Programme der Kohäsionspolitik der kommenden Generation heben die Länderberichte des Europäischen Semesters für 2019 und ihr spezifischer Anhang für Investitionsberatung im Förderzeitraum der Kohäsionspolitik 2021–2027 die Bedeutung einer sauberen Energie für Inseln hervor, wann immer es nötig ist.

Die Inseln in der gesamten EU sind dazu eingeladen, alle verfügbaren Möglichkeiten für die Unterstützung durch die Kohäsionspolitik im Bereich der Kohlendioxidreduzierung in diesem wie auch im kommenden Förderzeitraum zu nutzen. ■

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!Cq49rt>

<https://euislands.eu/clean-energy-islands-start>

Die Landkarte der Unzufriedenheit mit der EU

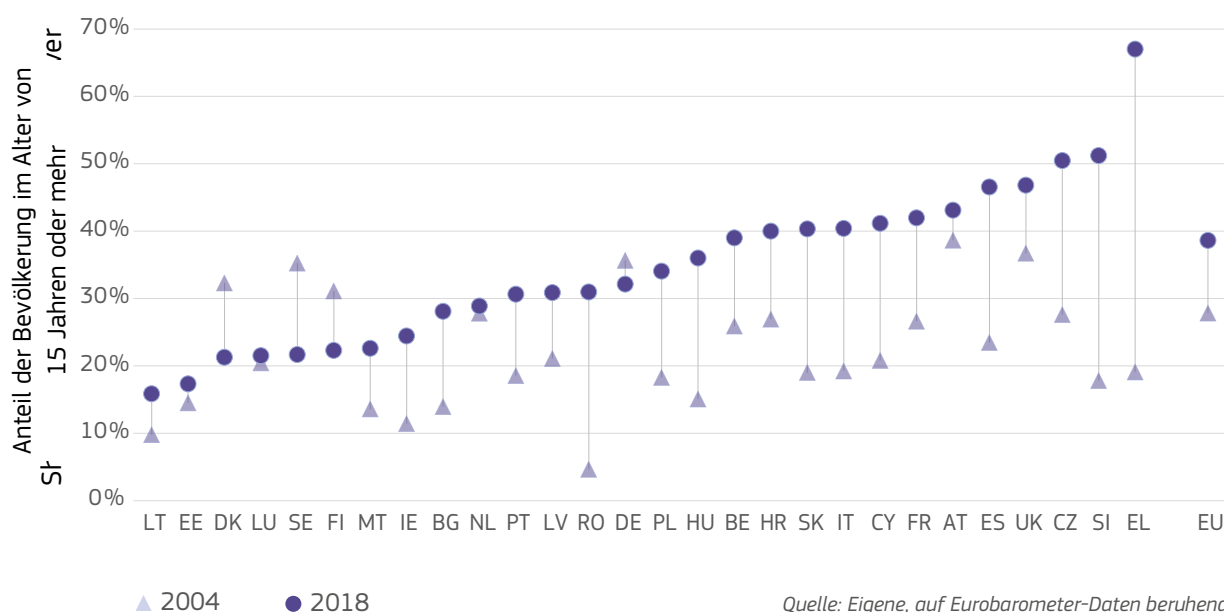
Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament, die vom 23.-26. Mai stattfinden werden, besteht eine immer größere Besorgnis über die zunehmende Unzufriedenheit mit der EU. Der erste einer Reihe von Artikeln in *Panorama* über EU-feindliche Stimmabgabe beleuchtet einige Gründe für das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU und nationalen Regierungen.

In den vergangenen knapp zehn Jahren haben EU-feindliche Parteien ihre Stimmen bei Wahlen in der Europäischen Union verdoppeln können. Parteien, die sich nach der Definition der Chapel-Hill-Expertenbefragung¹ gegen die EU-Integration aussprechen oder sie ausdrücklich ablehnen, haben ihren Stimmanteil bei nationalen Wahlen in den EU-28 von 9% im Jahr 2008 auf 18% im Jahr 2018 erhöhen können.

Dies beschränkt sich nicht nur auf Veränderungen bei der Stimmabgabe in wenigen großen Mitgliedstaaten. Im Gegenteil, in der Hälfte der Mitgliedstaaten haben sich die Zahlen für EU-feindliche Parteien seit 2008 gesteigert. In zehn Mitgliedstaaten war sogar ein Anstieg um mehr als zehn Prozentpunkte zu verzeichnen. Diese rasche Zunahme könnte auch Auswirkungen auf die Europawahlen im Mai 2019 haben.

Der Aufstieg von EU-feindlichen Parteien geht mit einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der EU einher. Der Anteil der EU-Bevölkerung, der dazu neigt, der EU zu misstrauen, wuchs von 29% im Jahr 2008 zu einem Spitzenwert von 47% im Jahr 2013 und hat sich im Jahr 2018 bei 39% etwas darunter eingependelt. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Anzahl der Menschen, die dazu tendieren, der EU zu misstrauen, in 21 von 28 Mitgliedstaaten vergrößert. In zwölf Mitgliedstaaten war der Anstieg sogar höher als zehn Prozentpunkte, während in drei Mitgliedstaaten, und zwar Tschechien, Griechenland und Slowenien, im Jahr 2018 die Mehrheit der Bevölkerung der EU eher nicht vertraute.

Anteil der Bevölkerung, der zum Misstrauen gegenüber der EU neigt, 2004-2018



Quelle: Eigene, auf Eurobarometer-Daten beruhende Ausarbeitung

1) <https://www.chesdata.eu/>

Nationales Misstrauen

Ein großes Misstrauen ist keine Besonderheit, die sich auf die EU beschränkt. Die Menschen tendieren außerdem dazu, ihren nationalen Regierungen zu misstrauen. In zwölf Mitgliedstaaten vertraut die Mehrheit der nationalen Regierung nicht. Das Misstrauen gegenüber der nationalen Regierung ist in fast allen Mitgliedstaaten höher als das Misstrauen gegenüber der EU insgesamt. Während das Misstrauen gegenüber nationalen Regierungen selten genutzt wird, um für die Auflösung des Landes zu stimmen, wird das Misstrauen gegenüber der EU von vielen Parteien als Argument verwendet, ihre Rolle erheblich zu verringern oder die Union zu verlassen.

Um die Gründe für die Wahl der Parteien zu verstehen, die sich gegen die EU-Integration aussprechen, wurden die Abstimmungsergebnisse der Wahlen in den meisten kürzlich erfolgten nationalen Wahlen für mehr als 63000 Wahlbezirke in den 28 EU-Ländern erhoben. Aufbauend auf der Forschung zum Populismus in Europa und den USA wurde bei dieser Arbeit überprüft, ob dieselben Faktoren für die EU-feindliche Stimmabgabe gelten.

Die Erforschung des Populismus legt eine Reihe individueller Eigenschaften dar. Ältere männliche Wähler der Arbeiterklasse mit geringem Einkommen und zu wenigen Qualifikationen, um sich den Herausforderungen einer modernen Wirtschaft zu stellen, tendieren zur Stimmabgabe für Populisten. Des Weiteren hat sich gezeigt, dass Kleinstädte und ländliche Gebiete sowie Gebiete im Niedergang eher Populisten wählen.

Obwohl es eine starke Verknüpfung zwischen Populismus und dem Widerstand gegen die EU-Integration gibt, sind sie unterscheidbar. In der Chapel-Hill-Expertenbefragung wurde ermittelt, welche Parteien sich auf anti-elitäre und systemkritische Rhetorik stützen, die eine wesentliche Eigenschaft des Populismus ist. Die Parteien, die eine solche Rhetorik einsetzen, stehen nicht immer im Widerstand gegen die EU-Integration. Die Partei „Podemos“ in Spanien weist zum Beispiel hohe Werte bei der Verwendung anti-elitärer Rhetorik auf, steht der EU-Integration aber in gewissem Maße positiv gegenüber. Andere Parteien, die in gewissem Maße Widerstand gegen die EU-Integration leisten wie die Konservativen in Großbritannien und die niederländische ChristenUnie nutzen keine anti-elitäre Rhetorik.

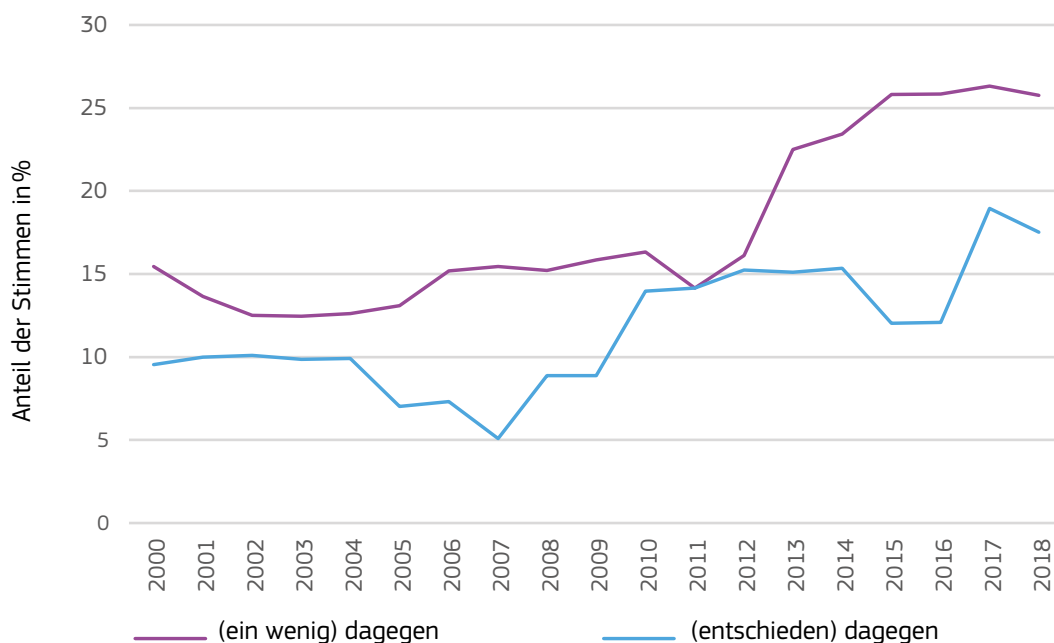
Viele Gründe für die Wahl der Populisten fördern auch die EU-feindliche Stimmabgabe. Gebiete mit einem bereits lange anhaltendem wirtschaftlichen Niedergang, einer niedrigen Beschäftigungsquote, einem geringen Anteil an Personen mit Hochschulbildung, einer geringen Bevölkerungsdichte und einem höheren Anteil an Menschen über 65 wählen eher Parteien, die stark oder sehr stark gegen die EU-Integration sind.

Sorgen um die Zukunft

Der Einfluss des wirtschaftlichen Entwicklungsstands war besonders überraschend: Regionen mit einem höheren BIP pro Kopf geben EU-feindlichen Parteien mehr Stimmen. Da Gebiete mit geringem Einkommen eher Populisten wählen, wurde



Anteil der Stimmen für Parteien, die sich gegen die EU-Integration in den EU-28 aussprechen, 2000-2018



Quelle: Eigene, auf CHES-Daten und nationalen Quellen beruhende Ausarbeitung

erwartet, dass ein geringes BIP pro Kopf die EU-feindliche Stimmabgabe fördern würde. Es sind jedoch nicht die ärmsten Gebiete, die EU-feindlich wählen, sondern Gebiete, die früher besser abschnitten, aber im Verhältnis zum Rest des Landes etwas hinterherhinken. Diesen Gebieten fehlt es möglicherweise an den Kompetenzen und Branchen, um in einer eher auf Innovationen und Technologien fixierten Wirtschaft weiter zu florieren. Dementsprechend sind die Einwohner dieser Gemeinden über die Zukunft ihrer Region besorgt.

Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass Gebiete mit einem sinkenden Anteil industrieller Arbeitsplätze eher EU-feindliche Stimmen abgeben. Die Kombination eines relativ hohen BIP pro Kopf und einem lange anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang könnte also eine besonders erfolgreiche Brutstätte für Unzufriedenheit und Groll sein. Einige populistische Parteien haben sich ausdrücklich auf ehemalige industriell geprägte Gebiete fokussiert, da sie korrekterweise erwarteten, dort die meisten Stimmen zu erhalten.

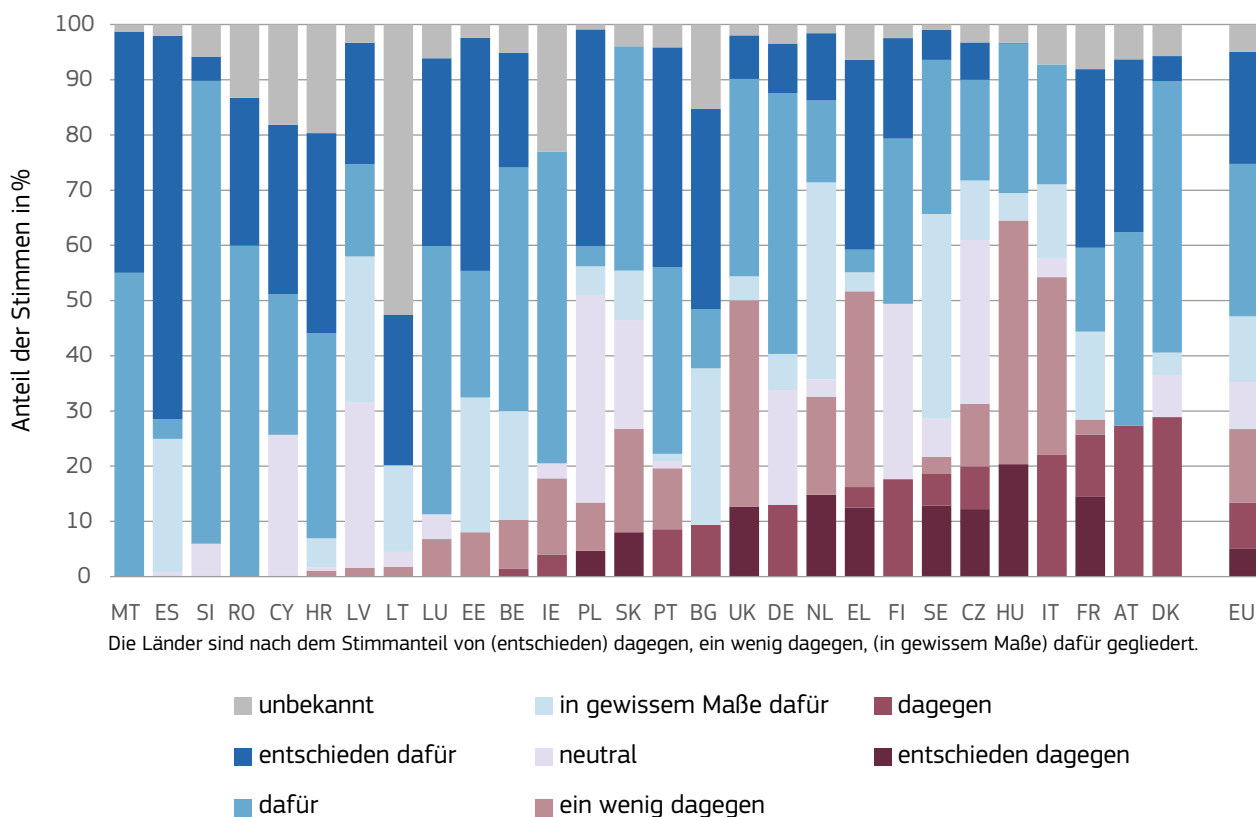
Zu den weiteren überraschenden Erkenntnissen gehörte, dass ein Rückgang der Bevölkerung und Beschäftigung eher die EU-feindliche Stimmabgabe verringerte, statt sie zu fördern. Außerdem hatte die Nettozuwanderung wenig bis gar keinen Einfluss auf die EU-feindliche Stimmabgabe.

In künftigen Ausgaben von *Panorama* werden Artikel erscheinen, die noch genauer auf den Einfluss von Armut, Demographie, Migration und EU-Strategien eingehen werden. ■

Weiterführende Informationen zur Landkarte der Unzufriedenheit mit der EU erhalten Sie in den Artikeln und interaktiven Karten unter:

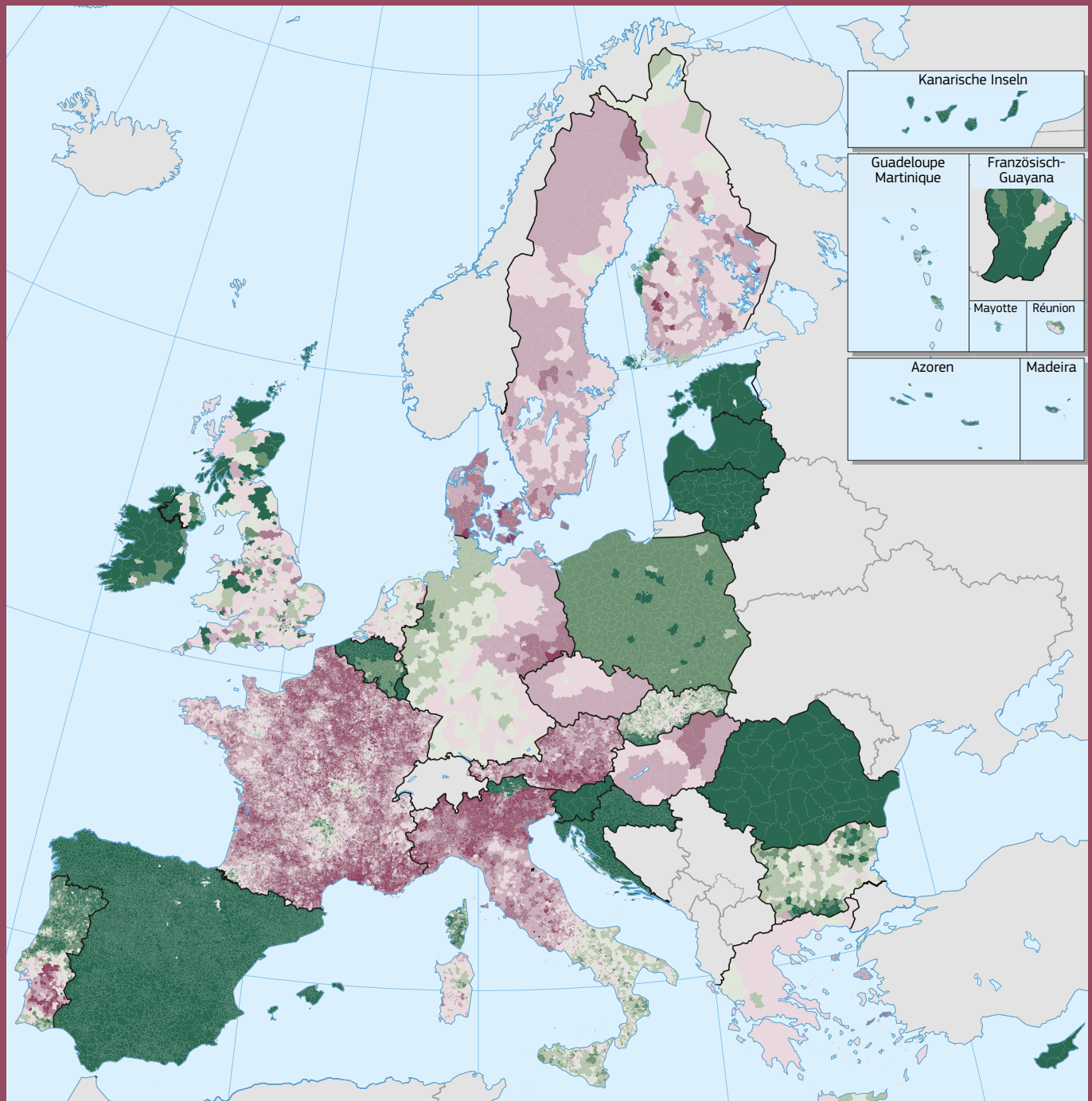
https://ec.europa.eu/regional_policy/mapapps/elections/EUdiscontent.html

Wahlen nach Position der Partei zur EU-Integration, 2013-2018

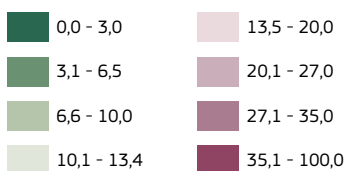


Quelle: Eigene, auf CHES-Daten und nationalen Quellen beruhende Ausarbeitung

Anteil der Stimmen für Parteien, die gegen oder entschieden gegen die Europäische Integration sind (2013-2018)



% der gültigen Stimmen



Quellen: Nationale Behörden, CLEA, Chapel-Hill-Expertenumfragen 2014 und 2017
Eurogeographics, GD REGIO

2018: IT
2017: BG, CZ, DE, FR, MT, NL, AT
2016: IE, ES, HR, CY, LT, RO, SK
2015: DK, EE, EL, PL, PT, FI, UK
2014: BE, LV, HU, SI, SE
2013: LU
EU-28-Durchschnitt = 13,4%

© EuroGeographics Verband für Verwaltungsgrenzen

MEDIENPROGRAMM YOUTH4REGIONS



Das Medienprogramm Youth4Regions unterstützt die Entwicklung des journalistischen Nachwuchses im Bereich der Regionalpolitik. Es ermutigt die jungen Europäer, über EU-finanzierte Projekte zu kommunizieren.

Hier präsentieren wir die zwei verbleibenden Gewinnertexte des YOUTH4REGIONS Blogging-Wettbewerbs für junge Journalistinnen und Journalisten.

Betreuung und Austausch für junge Flüchtlinge in Flandern



Paula studiert momentan Journalismus im spanischen Valladolid. Sie ist sehr an sozialen Fragen interessiert und möchte sich auf

internationalen Journalismus spezialisieren. Ihr kulturelles Interesse teilt sie in Form von Buchrezensionen auf ihrem Blog (lavozaticedida.com).

Das im belgischen Antwerpen ansässige Projekt CURANT bringt junge Menschen im Alter von 17-22 Jahren bei Einheimischen derselben Altersgruppe unter, die ihnen bei der Integration helfen. Am Morgen aufzustehen und mit seinem Mitbewohner gemeinsam zu frühstücken, ist für einen Flamen in Antwerpen nichts Besonderes, wäre da nicht der Sachverhalt, dass der besagte Mitbewohner einer von vielen Flüchtlingen ist, die jedes Jahr nach Belgien kommen.

Das EU-Projekt CURANT hat 66 Partnerschaften zwischen Einheimischen und Flüchtlingen im Alter zwischen 17 und 22 Jahren, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, eingerichtet. Die Flüchtlinge und ihre jeweiligen „Kameraden“ erhalten jeden Monat 250 EUR und leben entweder in Wohnungen für zwei Personen oder in Häusern zur Unterbringung von 16 Menschen. Bis heute hat CURANT 66 Flüchtlingen geholfen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Bis zum Projektende (2020) sollte die Zahl mindestens auf 75 ansteigen.

Es geht dabei aber nicht nur um einen Schlafplatz. Die Beziehung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen beruht auf der

» Die Beziehung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen beruht auf der Integration in die Gesellschaft mithilfe von Kursen, Lektionen und Schulungen. «



Integration in die Gesellschaft mithilfe von auf ihre Umstände zugeschnittenen Kursen, Lektionen und Schulungen und einem rechtlichen Betreuer, der ihr neuer Schutzbeauftragter wird. Diese Begleiter werden vor der Paarbildung mit einem jungen Flüchtling sorgfältig ausgewählt, da eine gute Beziehung zwischen den beiden Personen entstehen muss.

Zu den gemeinsamen Aktivitäten gehören der Erwerb der niederländischen Sprache, die in diesem Gebiet gesprochen wird, die Suche nach einem Arbeitsplatz und die Schaffung eines sozialen Netzwerks. Dies sind Grundbausteine, um ein neues Leben zu beginnen oder das bisherige Leben unter positiveren Umständen fortzusetzen. Alle Teilnehmer haben Anspruch auf die Hilfe durch einen Sozialarbeiter sowie auf psychologische Betreuung und Beratung in Sachen Integration und Berufsleben. Besonders die Flüchtlinge erhalten Unterstützung, damit sie unabhängiger agieren können.

CURANT fördert diese schutzbedürftige Gruppe junger Flüchtlinge. Bis zu einem Alter von 18 Jahren haben sie Zugang zu finanzieller Unterstützung, Integrationskursen und einem rechtlichen Betreuer, das Erwachsenenalter sorgt dann aber dafür,

dass diese Vorteile verloren gehen. Fehlende Ressourcen, Bildung und Arbeit tragen dazu bei, dass immer mehr junge Menschen in benachteiligten Gebieten leben und langfristig von sozialen Diensten abhängig sind. In der Tat erhielten im Jahr 2016 378 unbegleitete junge Menschen im Alter zwischen 17 und 22 Jahren in Antwerpen Unterstützung. Diese Zahl wäre nicht so hoch, wenn diese kleine Stadt nicht ein Drittel aller in Flandern eintreffenden Flüchtlinge aufnehmen würde.

Das Projekt CURANT wäre ohne die Koordinierung vom sozialen Dienst der Stadt Antwerpen, der öffentlichen Einrichtung, die sich für die Bereitstellung von Wohnungen kümmert, und des Zentrums für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der Universität Antwerpen, welches die Auswirkungen des Zusammenlebens in den Häusern misst und den Flüchtlingen Unterstützung zukommen lässt, nicht möglich. Zu den Partnern gehören die NRO JES vzw, Vormingplus Antwerpen, Solentra und Atlas Inburgering en Integratie.

Das Projekt verfügt über einen Gesamthaushalt in Höhe von 6 Mio. EUR, von denen fast 5 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung stammen. ■



Die Möglichkeiten in der Nähe bestmöglich nutzen

„Dank der EU-Unterstützung müsst ihr nicht mehr wegziehen, um euer Potenzial auszuschöpfen. Ihr könnt zu Hause bleiben und eurer Region helfen.“



Magdalena hat einen Abschluss in Sprache und Journalismus und studiert Polnische Sprache und Literatur in Katowice. Sie schreibt außerdem für soziale NRO und gibt Sprachunterricht in Englisch.

Hast du das Gefühl, du müsstest umziehen? Als skeptischer Teenager, der in einer Kleinstadt an der Grenze lebt, siehst du wahrscheinlich keine großartigen Chancen zur Weiterentwicklung in deiner Region. In Polen? Ja, du müsstest aber umziehen. In Deutschland? Ja, du willst aber nicht auswandern. Es sieht so aus, als müsstest du die Schule hier beenden und dann an einen besseren Ort ziehen, der außerhalb deiner Region liegt. Was könntest du sonst schon tun? So funktioniert es.

Naja, nicht immer genau so. Ich kann dir aber versichern, dass es bei der EU-Strategie nicht darum geht, unbeliebte Regionen unbewohnt zu machen und an nur wenigen ausgewählten Orten stärkere Arbeitsmärkte zu schaffen. Die EU funktioniert wie ein Organismus, der aus vereinten Regionen bzw. „kleinen Heimatorten“ besteht. Wenn ein Teil schwächer ist, müssen wir daran arbeiten, dass er stärker wird. Daher musst du nicht zwingend umziehen.

Vielleicht solltest du stattdessen die EU-Förderung prüfen, um herauszufinden, was los ist. Ein Deutscher würde sagen: „*Karriere ohne Grenzen*“ ... Oder vielleicht: „Kennenlernen der grenzüberschreitenden Karrierechancen in Sachsen und Niederschlesien“. Klingt langweilig? Ist es aber nicht! Dieses Projekt, das im September 2010 gestartet wurde, zeigt dir das verborgene Potenzial von Grenzregionen wie Neisse-Nise-Nysa. Der Titel bezieht sich auf die Strategie, in die im Zeitraum 2007–2013 Lehrkräfte, Pädagogen, lokale Unternehmer (aus Deutschland und Polen) und junge Menschen einbezogen wurden, um Möglichkeiten zu schaffen und Instrumente und Wissen für die Suche nach einem guten Arbeitsplatz

auszutauschen. Zu dieser Zeit nahmen junge Menschen (auch aus der Tschechischen Republik) und Erwachsene an zahlreichen Seminaren teil, bei denen aufgezeigt wurde, dass die Chance auf einen Arbeitsplatz gleich um die Ecke liegt! Mit Unterstützung durch die EU veranstalteten Deutschland und Polen Treffen und Debatten, um die Karrierewege noch geradliniger zu gestalten.

Wie geht es jetzt weiter? Nach Beendigung des Projekts hat das Team ein Handbuch über Chancen in Oberschlesien und Sachsen veröffentlicht. Warum schließen sich andere Länder nicht an? Wir sind oft der Überzeugung, wir könnten die Dinge selbst in die Hand nehmen. Manchmal brauchen wir aber auch Hilfe von anderen Menschen, die mehr Erfahrung haben, damit wir unser Wissen mit ihnen teilen können – das nennt sich Synergie. Projektkoordinator Ralf Ostrowski erklärt: „Diese Synergie hilft, die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Gebiet hervorzuheben und die Karrierechancen der örtlichen Jugend zu fördern, ohne dass sie die Gegend verlassen muss.“

Also ist nicht alles so schlecht in der Region. Die Investitionen in dieses Projekt beliefen sich auf insgesamt 618 597 EUR,

die größtenteils von der EU stammten. Welche sichtbaren Effekte hat diese Finanzierung? Zunächst sind junge Menschen endlich in der Lage, Arbeitsplätze zu finden, die ihren Wünschen entsprechen. In Gründerzentren in Görlitz/Zgorzelec erhalten Unternehmer Handbücher und Broschüren und finden qualifizierte Arbeitskräfte vor, die ihnen karrierebezogene Beratung anbieten. Schüler in der Neiße-Region haben Unternehmen besucht und an Seminaren teilgenommen. In Schulen und Universitäten sind nun also Informationen darüber zu finden, wie man in einem Bewerbungsgespräch gut abschneidet oder einen ersten Lebenslauf schreibt.

Jetzt wisst ihr es also! Dank der EU-Unterstützung müsst ihr nicht mehr wegziehen, um euer Potenzial auszuschöpfen. Ihr könnt zu Hause bleiben und eurer Region helfen, also tut etwas dafür und seid kreativ! ■



Der deutsche Grenzposten in Görlitz, einer zwischen Deutschland und Polen aufgeteilten Stadt



Pfarrkirche St. Peter und Paul, Waidhaus und Altstadtbrücke in Görlitz, Deutschland

Estnische Fernsehkampagne stellt EU-finanzierte Projekte vor

Im vergangenen Herbst hat der estnische öffentlich-rechtliche Fernsehsender ERR eine Reihe an Fernsehsendungen ausgestrahlt, die sich auf die positiven Auswirkungen der Strukturfonds auf lokale Gemeinschaften und die Wirtschaft konzentrierten. Die Verwaltungsbehörde für Estland hat bei der Erarbeitung der Kampagne geholfen, um die Errungenschaften der EU-Kohäsionspolitik in ein unterhaltendes und informatives Format zu bringen.

Die Fernsehserie „Reise durch Estland“ lief in 16 Folgen am Freitagabend um 20 Uhr zur besten Sendezeit. Insgesamt wurden in dieser Serie 90 kofinanzierte Projekte vorgestellt (davon wurden 90% über die EU-Strukturfonds und 10% über die Norwegen-Zuschüsse unterstützt). Jede Folge widmete sich einem der estnischen Landkreise. Außerdem gab es im Dezember 2018 eine zusammenfassende abschließende Folge.

Moderator des Programms war einer der bekanntesten Musiker des Landes, Ivo Linna. Die beliebte Schauspielerin Liisa Pulk war in Videoreportagen über die vorgestellten Projekte zu sehen, die jeweils rund dreieinhalb Minuten dauerten. Neben Auftritten von Sängern und Prominenten umfasste die Sendung ein informelles Quiz, in dem öffentliche Personen Fragen zu den Projekten beantworteten.

Groß denken

Für die Kampagne waren eine sorgfältige Planung und Teamwork erforderlich. Die Verwaltungsbehörde koordiniert ein Kommunikationsnetz zu den Strukturfonds, das aus Fachleuten für Öffentlichkeitsarbeit aus Organisationen besteht, die mit der EU-Finanzierung in Estland befasst sind. Diese Gruppe hatte die ursprüngliche Idee, eine ganze Staffel statt nur einer Sendung auszustrahlen, um dem Publikum einen besseren Eindruck zu verschaffen.

Triin Nolo, leitende Spezialistin für horizontale Schulungen und Kommunikation zum Strukturfonds innerhalb der estnischen Verwaltungsbehörde erklärt: „Nachdem wir die Entscheidung gefällt hatten, trafen wir uns mit den drei einflussreichsten estnischen Fernsehsendern, um Konzepte zu besprechen und ein paar Ideen über das mögliche Format der Sendung auszutauschen. Danach haben wir eine Ausschreibung erarbeitet, um Angebote für die Sendung zu erhalten und letztendlich eine Arbeitsbeziehung mit ERR einzugehen.“

Nach Angaben Nolos war ein wesentlicher Aspekt des Prozesses die Ausarbeitung einer umfassenden Ausschreibung, um die Fernsehanstalt über die genauen Anforderungen in Bezug auf Fragen wie Format, Länge der Beiträge, Ausgewogenheit der Inhalte, Verwendung von Logos und Anzahl der Werbeunterbrechungen in Kenntnis zu setzen. Die Ausschreibung enthielt außerdem die Bedingung, dass die Programme die Möglichkeit bieten sollten, z. B. über das Internet erneut abgerufen zu werden.

Die Auswahl der Projekte war ein riesiges Unterfangen, da 400 in Betracht gezogen wurden, bevor die endgültige Auswahl getroffen wurde. Die durchführenden und zwischengeschalteten Stellen stellten der Fernsehanstalt eine Liste der Projekte zur Verfügung. Das übergeordnete Ziel war, dem Publikum die unzähligen Bereiche

nahezubringen, die durch EU-Mittel abgedeckt werden, die u. a. Berufsausbildung und Unternehmensförderung sowie große Bauaufträge und Rücken- deckung für wissenschaftliche Innovationen umfassen.

Information und Unterhaltung

Liisa Pulk stellte die Projekte vor und interviewte wichtige Akteure, darunter Begünstigte,

Projektkoordinatoren und Dienstleistungsnutzer. Zu den Höhepunkten zählte ein Besuch der neuen Konzerthalle der estnischen Akademie für Musik, die mit finanzieller Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erbaut wurde.

Die Moderatorin besuchte außerdem ein Unternehmen, das Finanzmittel erhielt, um ein neues Nasenspray zu entwickeln,

» Wir sind uns ... aber sicher, dass wir unser Ziel erreicht haben, eine höhere Bekanntheit und ein positiveres Bild der estnischen Öffentlichkeit über den EU-Strukturfonds und die von ihm unterstützten Projekte zu erlangen. «



Am Set, Vorbereitung auf den Dreh der Sendung



Ivo Linna während der Aufnahmen



Zwei junge estnische Sängerinnen, Tuuli Rand und Teele Viira, und die Schauspielerin Piret Rauk am Set für das Saaremaa-Programm



Liisa Pulk winkt unserem Sänger für den Eurovision Song Contest Jüri Pootsman am Set der Sendung aus dem Kreis Raplamaa

das auf dem berühmten Mineralwasser aus Värskä im Südosten des Landes basiert. Daneben wurde bei einem Ausflug zur Estnischen Luftfahrtakademie ein hochmoderner Helikoptersimulator vorgestellt. Ein Besuch des historischen Gebietes Mulgimaa konzentrierte sich auf die EU-Unterstützung bei der Errichtung eines Technologie-Lernzentrums.

Die Sendungen erfreuten sich beim estnischen Publikum großer Beliebtheit: die Zuschaueranzahl lag stets unter den besten zehn der Woche und war einmal sogar auf Rang vier. Dies entspricht einer Anzahl von 110 000 bis 130 000 Zuschauern pro Woche, etwa 9-10% der Bevölkerung.

„Wir bewerten die Wirkung der Kampagne, sobald wir zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres unsere jährliche Umfrage zur Bekanntheit durchführen. Wir sind uns aufgrund der überraschend hohen Zuschauerzahlen der Sendung aber sicher, dass wir unser Ziel erreicht haben, eine höhere Bekanntheit und ein positiveres Bild der estnischen Öffentlichkeit über den EU-Strukturfonds und die von ihm unterstützten Projekte zu erlangen“, fügt Nolo hinzu.

Mutige Ideen umsetzen

Das estnische EU-Finanzteam plant, jetzt mit zusätzlichen Veranstaltungen im Jahr 2019 auf dem Erfolg der Kampagne

aufzubauen. Am 9. Mai feiert das Land den Europatag mit Live-Veranstaltungen in ganz Estland.

Nolo erklärt: „Um die 15-jährige estnische EU-Mitgliedschaft zu feiern, haben wir mit dem Büro des Europäischen Parlaments in Estland zusammengearbeitet, um im Mai eine landesweite Tournee zu starten, die eine Live-Version der Fernsehsendung mit Ivo Linna und seiner Band beinhaltet. Diesmal werden die Quizfragen von lokalen Kandidaten für das Europäische Parlament beantwortet.“

Für Kollegen, die in ihren Regionen ähnliche Kampagnen ausarbeiten wollen, hat Nolo den folgenden Ratschlag: „Seien Sie tapfer und mutig, denn gute Ideen wollen hoch hinaus. Stellen Sie ein gutes Team zusammen und lassen Sie den Gedanken freien Lauf. Vertrauen Sie Ihrem Fernsehsender, aber bleiben sie während des gesamten Prozesses engagiert und erinnern Sie daran, wie wichtig es ist, die Inhalte über die Strukturfonds in den Mittelpunkt der Sendung zu stellen.“

MEHR DAZU

Fernsehbilder von „Reise durch Estland“:
<https://etv.err.ee/895572/reis-umber-eesti-15-16>



Gute Nachrichten für Portugal ... und künftige EU-Investitionen

Das Kloster Alcobaça in Zentralportugal ist eine UNESCO-Welterbestätte

Auf der Veranstaltung für Interessengruppen des Integritätspakts „Together towards Clean Contracting: New developments and the road ahead“ im November 2018 wurden einige wichtige Projektergebnisse und gemeinsam gewonnene Erkenntnisse vorgestellt und die künftigen Herausforderungen besprochen.

In Portugal fördert der letzte offiziell unterzeichnete Integritätspakt (IP) in einem EU-finanzierten Projekt, das sich auf die Restaurierung und Erhaltung des Klosters Alcobaça fokussiert, Transparenz und Effizienz. Es handelt sich bei diesem Kloster um einen der historischen und architektonischen Schätze des Landes aus dem Mittelalter. Es zählt zu den einflussreichsten Zisterzienserklostern auf der Iberischen Halbinsel und in ganz Europa.

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe der portugiesischen Regierung wird von Transparency International Portugal dabei unterstützt, sicherzustellen, dass das Projekt, das über einen Haushalt in Höhe von rund 1 Mio. EUR verfügt, seine Ziele erreicht und dass Bürgerinnen und Bürger über die Arbeiten informiert und in ihre Überwachung eingebunden werden.

Einige Teile der Gebäude stammen aus dem 12. Jahrhundert, daher hat sich das Kloster Alcobaça viele seiner mittelalterlichen Strukturen bewahrt. Aufgrund seiner einzigartigen Geschichte wurde das Baudenkmal als UNESCO-Welterbestätte anerkannt.

Da zahlreiche Touristen Alcobaça besuchen, werden die Arbeiten dazu beitragen, die komplizierte Konstruktion des Gebäudes zu erhalten. Dazu zählen auch die berühmten Grabsteine von König Peter I. und Inês de Castro, die von König Peter I. in Auftrag gegeben wurden und die dramatische Liebesgeschichte nacherzählen, die später zahlreiche Poeten und Künstler inspirieren sollte.

Transparenz und Mehrwert

Hierbei handelt es sich um das letzte von 17 Projekten in elf Mitgliedstaaten, in dem Integritätspakte für EU-finanzierte Projekte im Rahmen einer gemeinsamen Pilotinitiative von Transparency International und der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission eingesetzt wurden. Ihr Ziel ist die Förderung von Transparenz und Mehrwert der EU-Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik. Mit dem Fortschreiten dieser Projekte wurden signifikante Ergebnisse beobachtet und wichtige Erkenntnisse für die Zukunft gewonnen.

Auf der Veranstaltung für Interessengruppen des Integritätspakts am 28. November 2018 waren etwa 120 Interessenvertreter von allen 17 Integritätspakten anwesend: Partner aus der Zivilgesellschaft, Vergabebehörden, Verwaltungsbehörden, Auftraggeber, sowie andere wichtige Interessengruppen (mit der Korruptionsbekämpfung befasste Behörden, öffentliche Beschaffungsstellen), Vertreter der Europäischen Kommission (besonders der GD Regio) und des EU-Verbindungsbüros und Sekretariats von Transparency International.

Ziel der Veranstaltung war, bewährte Verfahren vorzustellen und die Ziele der bestehenden Integritätspakte zu fördern. Drei Jahre nach Beginn des Projekts teilten die Beteiligten gewonnene Erkenntnisse, Ergebnisse und verbliebene Herausforderungen, die sich aus dieser Zusammenarbeit ergeben. Ferner wurde ein Ausblick in die Zukunft gegeben und der Fokus erweitert, um die Integritätspakte im breiteren Rahmen der „sauberen Vertragsvergabe“ zu berücksichtigen. Die Interessenvertreter besprachen außerdem, wie verschiedene Initiativen aufeinander aufbauen und sich gegenseitig ergänzen könnten, um eine wirksamere, effektivere und korruptionsfreie öffentliche Auftragsvergabe anzustreben.

Finanzmittel für die Zukunft

Im Laufe des Tages wurden in Plenar- und Gruppensitzungen verschiedene Themengebiete angeschnitten: Lehren und Eindrücke von Interessenvertretern, Ergebnisse einer Halbzeitbewertung, die kürzlich im Rahmen des Projekts durchgeführt wurde, die Ansichten der GD Regio über die Integritätspakte im Zusammenhang mit den neuesten Tendenzen in der öffentlichen Auftragsvergabe, das Problem eines geringen Wettbewerbs und alleinigen Angeboten in der öffentlichen Auftragsvergabe, laufende Bemühungen, bestehende Hindernisse zwischen verschiedenen in die öffentliche Auftragsvergabe eingebundenen Interessengruppen zu beseitigen, sowie die Frage, wie eine höhere Transparenz und Offenheit gefördert und eine Koalition für Maßnahmen mit besseren offenen Daten gebildet werden kann.

Patricia Moreira, die Geschäftsführerin des Sekretariats von Transparency International hegt keinerlei Zweifel: „Integritätspakte sind wichtig, um das Vertrauen verschiedener Inter-

„Effizienz, Transparenz und Leistung werden weiterhin wesentliche Elemente der kommenden EU-Programme und -Fonds und besonders der Kohäsionspolitik sein.“

sengruppen (Zivilgesellschaft, nationale Behörden, Privatsektor, Bürger) zu gewinnen. Sie haben dazu beigetragen, eine höhere Wertschätzung für die Rolle der Integritätspakte zu erzielen. Die Teilhabe der Zivilgesellschaft kann neben anderen Bemühungen, wie Initiativen für offene Daten, dazu führen, dass vernünftigeren Verträge erarbeitet werden.“

Nach Angaben von Marc Lemaître, dem Generaldirektor der GD Regio, zeigt dieses Pilotprojekt, wie öffentliche Einrichtungen von der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft profitieren können, um transparenter, effizienter und ergebnisorientierter zu arbeiten und gleichzeitig die finanziellen Interessen der EU besser zu wahren. Diese Botschaft gilt auch für die Zukunft. Effizienz, Transparenz und Leistung werden weiterhin wesentliche Elemente der kommenden EU-Programme und -Fonds und besonders der Kohäsionspolitik sein. ■

MEHR DAZU

https://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/how/improving-investment/integrity-pacts/

<https://bit.ly/2UzmSaE>

<https://bit.ly/2G10fsY>



Haushalt für Klimaschutzmaßnahmen im Blick

Wussten Sie schon, dass Klimaschutzmaßnahmen mit hohen Investitionen aus der Kohäsionspolitik unterstützt werden? Warum ist es also erforderlich, die EU-Investitionen in den Klimaschutz im Blick zu behalten?

Die Europäische Kommission hat sich verpflichtet, Klimaschutzmaßnahmen mit mindestens 20% des Haushalts aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) für 2014-2020 zu unterstützen, um die vereinbarten Klima- und Energieziele der EU bis 2020 zu erreichen. Diese politische Verpflichtung ist ein Bestandteil einer umfassenderen Anstrengung, Klimaschutzmaßnahmen zu etablieren und einen Beitrag zu den Bemühungen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung unserer natürlichen und vom Menschen aufgebauten Umgebung und Wirtschaft an die erwarteten Folgen des Klimawandels auf lokaler, nationaler und EU-Ebene zu leisten.

Es wurde erkannt, dass der Europäische Fonds für regionale Entwicklung und der Kohäsionsfonds aufgrund ihrer Ziele und Anwendungsbereiche wichtige Zahlungsmittel für das übergeordnet verfolgte EU-Ziel sind. Über 20% der Gesamtmittel dieser zwei Fonds sind mit Klimaschutzmaßnahmen verbunden, darunter Investitionen in Höhe von mehr als 54 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt.

Wie verfolgen wir finanzielle Beiträge in der Kohäsionspolitik?

Die Mitgliedstaaten stellen Informationen über die Unterstützung der Klimaziele (finanzielle Beiträge) auf der Grundlage der „Kategorien der Einsatzbereiche“ zur Verfügung. Es handelt sich um eine Liste der Investitionsmaßnahmen, die für jeden der Fonds geeignet sind. Die Methodik besteht aus der Zuweisung einer spezifischen Gewichtung der finanziellen Unterstützung durch die Fonds, abhängig vom erwarteten Beitrag zu den Zielen der Abschwächung des Klimawandels und der Anpassung daran. Es werden drei Gewichtungen (mit EFRE-Beispielen) zugewiesen:

- **100%** in Fällen, in denen die Unterstützung einen erheblichen Beitrag zu den Klimazielen leistet (d. h. nachhaltige Energie, auf das Klima bezogene Risikoprävention, klima-bezogene Forschung, technologische Entwicklung und Innovation usw.);
- **40%** im Fall eines moderaten Beitrags (saubere städtische Verkehrssysteme, Eisenbahn, intermodaler und sonstiger öffentlicher Verkehr, usw.); und
- **0%** in Fällen, in denen die Unterstützung keinen Beitrag leistet oder dieser Beitrag unerheblich ist (die meisten Einsatzbereich-Codes).

Geht es nur um die Verfolgung der ursprünglichen Pläne?

Nein. Durch den Einsatz des Überwachungssystems und die Leistung der offenen Daten hat die Kommission es nun ermöglicht, die Fortschritte im Einsatz der Investitionen im Detail zu verfolgen. Mithilfe der jährlich empfangenen Daten überwacht die Kommission die Zuweisung von Investitionen zu ausgewählten Projekten (durch Abstimmung) sowie die tatsächlichen Ausgaben dieser Projekte vor Ort.

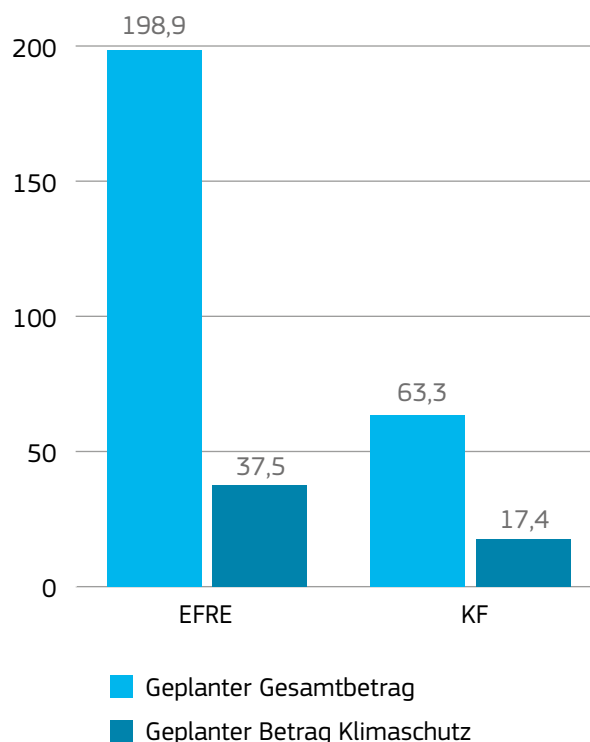
Die Daten ermöglichen es Interessierten, Folgendes zu analysieren:

- › Den geplanten Gesamtbeitrag in EUR aus jedem der Fonds der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020;
- › Die berichteten Fortschritte in der Projektauswahl und die tatsächlichen Aufwendungen ausgewählter Projekte;
- › Die 34 klimarelevanten Investitionen von EFRE/Kohäsionsfonds;
- › Die Landespläne und Fortschritte, heruntergebrochen auf einzelne Programme im Einsatzbereich.

Es handelt sich um ein wahrhaft detailliertes Überwachungssystem!

Die Finanzüberwachung ist der erste wesentliche Schritt für die Erreichung von Ergebnissen. Neben der Überwachung klimabezogener Investitionen und spezifischer Ziele mit thematischer Konzentration wurden klimarelevante thematische Ziele mit „Investitionsprioritäten“ in die Rechtsvorschriften und Programme aufgenommen, die spezifische Interventionen (Maßnahmen mit Ergebnissen) und politische Ziele (mit Indikatoren für politische Ergebnisse) einschließen. ■

Überwachungsdaten zum Klimaschutz von EFRE und Kohäsionsfonds (Mrd. EUR)



Sehen Sie sich diese interaktive Geschichte über offene Daten mit einem Leitfaden für die verschiedenen Grafiken und Einblicke in die Überwachungsdaten zum Klimaschutz an: <https://cohesiondata.ec.europa.eu/stories/s/a8jn-38y8>

Gibt es ein Thema, das Ihrer Ansicht nach in künftigen *Panorama* DATENPUNKT-Artikeln behandelt werden sollte?

Gibt es einen Datensatz, den wir auf die offene Datenplattform der ESI-Fonds stellen sollen?

Dann senden Sie eine E-Mail an: REGIO-EVAL@ec.europa.eu

Folgen Sie der Diskussion auf TWITTER [#ESIFOpenData](https://twitter.com/ESIFOpenData)

oder abonnieren Sie unseren Newsletter: http://ec.europa.eu/newsroom/index.cfm?service_id=788

MIT EIGENEN WORTEN

PANORAMA
freut sich auf
Ihre Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist der Abschnitt in *Panorama*, in dem Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre Erfolge für den Zeitraum 2014-2020 darlegen und ihre Ansichten zu den laufenden und entscheidenden

Diskussionen über die Kohäsionspolitik nach 2020 teilen. *Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in Ihrer Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Bitte kontaktieren Sie uns unter regio-panorama@ec.europa.eu für weitere Informationen zu Richtlinien und Fristen.

Lokale Gemeinschaften in Kujawien-Pommern in der Rolle als Vorreiter

Die Woiwodschaft Kujawien-Pommern ist eine von zwei Regionen in Polen, die mit dem Ziel, lokale Gemeinschaften zu ermutigen, neue Projektideen zu erarbeiten, die eher ihrem Bedarf entsprechen, ein territoriales Instrument, die sogenannte von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung, „in kleinem Maßstab“ nutzt.

Nach einer anfänglich turbulenten Phase, in der die Verwaltungsbehörde unseres regionalen operativen Programms (ROP) Schwierigkeiten hatte, das richtige Modell zur Umsetzung dieses neuen Instruments der Kohäsionspolitik zu ermitteln, hat sich dieses Instrument als sehr wirksam erwiesen, die Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene in die Erarbeitung von Antworten auf aktuelle soziale, ökologische und wirtschaftliche Herausforderungen einzubeziehen.

In Kujawien-Pommern wurden 28 lokale Aktionsgruppen (LAG) gebildet, die mit der Durchführung von Projekten betraut wurden, die alle Strukturfonds: EFRE, ESF, ELER und EMFF – in einer auf europäischer Ebene einzigartigen Formel nutzten.

Die städtische LAG in Toruń setzte herausragende Projekte um, die benachteiligte Jugendliche, alte Menschen und ehemalige Gefängnisinsassen in den Mittelpunkt stellten. Ein weiteres vorbildliches Projekt, „Fürsorgliche Landwirtschaft“, wurde unter anderem durch die ländliche LAG Bory Tucholskie umgesetzt. In diesem Projekt haben lokale Landwirte eine beispielhafte „Tagespflege-Einrichtung“ für Senioren in ihren Bauernhäusern geschaffen.

Da die von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung weder in Polen, noch in anderen EU-Ländern ein etabliertes Instrument ist, versucht unsere Region, regelmäßig Informationen mit anderen Regionen auszutauschen. Wir haben auch an einer Begutachtung mit den ungarischen Verwaltungsbehörden der regionalen operativen Programme teilgenommen.

Angesichts des Vorschlags der Europäischen Kommission für die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen nach 2020 mit dem Politikziel 5 „Ein bürgernäheres Europa“ sollte der Mechanismus der von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung, der echte Initiativen von unten nach oben ermöglicht und kleine Unternehmen, informelle Gruppen und Gemeinschaften einbezieht, weiter ausgebaut werden.



Piotr Calbecki
Marschall der Region

Daher erhoffen wir uns, ein Forum mit anderen europäischen Regionen einrichten zu können und mithilfe der Europäischen Kommission bewährte Verfahren auszutauschen und Lösungen zu finden, um die Flexibilität unserer Projekte zu steigern, die rechtlichen Anforderungen für von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung über verschiedene Strukturfonds zu harmonisieren und die komplexen Verwaltungsvereinbarungen zu vereinfachen. ■

MEHR DAZU

<https://www.kujawsko-pomorskie.pl/>

Standpunkt Tschechiens zur Kohäsionspolitik nach 2020

Die Kohäsionspolitik ist eines der wichtigsten Instrumente für die Erreichung der EU-Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Sie hilft nicht nur dabei, regionale und nationale Ungleichheiten auszugleichen und gleichzeitig territoriale Bedürfnisse gezielt anzugehen, sondern bildet auch das Rückgrat für EU-Investitionen.



David Škorňa
*Leiter der Partnerschaftsvereinbarung,
 Evaluierungs- und Strategieabteilung
 Nationale Koordinierungsbehörde,
 Ministerium für regionale Entwicklung,
 CZ*

Bis 2020 wird Tschechien ungefähr 51,4 Mrd. EUR seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 erhalten haben. Diese Unterstützung spiegelt sich im Wachstum und in der Entwicklung des Landes wider. Unsere Regionen haben entweder bereits den durchschnittlichen Entwicklungsgrad der EU überschritten oder kommen diesem rasch näher.

Dies zeigt sich auch im Vorschlag für die künftigen Rahmenbedingungen der Kohäsionspolitik. Tschechien erhält 3,5 Mrd. EUR mehr als im aktuellen Zeitraum. Gleichzeitig werden Projekte in höherem Maße und unter strengeren Bedingungen kofinanziert werden müssen, als in Ländern mit weniger entwickelten Regionen. Es ist für uns alle eine Herausforderung, geringere Finanzmittel für hochwertige und gut vorbereitete Investitionen einzusetzen.

Der erste große Schritt wurde im Februar unternommen, als die tschechische Regierung das nationale Konzept für die Umsetzung der Kohäsionspolitik in der Tschechischen Republik nach 2020 angenommen hat. In diesem Dokument sind die Ziele und Prioritäten Tschechiens für den kommenden Zeitraum sowie die Struktur der operationellen Programme und ihrer Verwaltungsorgane dargelegt.

Wir konzentrieren uns auf die Unterstützung neuer Technologien und intelligenter Lösungen, besonders im Zusammenhang mit integrierten Lösungen. Wir verfolgen das Ziel, die Idee der Kreislaufwirtschaft umzusetzen, sodass Investitionen in verschiedenen Bereichen sogleich profitabel, als auch umweltfreundlich sein sollten. Ein weiterer Schwerpunkt wird außerdem

auf der Modernisierung der Infrastruktur, der Einführung alternativer Brennstoffe im Verkehrswesen und der Förderung CO₂-armer Technologie (in den Sektoren Energie, Industrie und Verkehr) liegen. Unserer Meinung nach sind zudem Maßnahmen zur Bekämpfung von Dürren mit Schwerpunkt auf ihrer Verhinderung besonders wichtig.

Wir haben in diesem Jahr viel vor uns. Auf EU-Ebene wird die Feinabstimmung des Wortlautes der Rechtsvorschriften und ein größtmöglicher Konsens darüber entscheidend sein, dass der neue Zeitraum nicht bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit einer größeren Verzögerung beginnt. In den vor uns liegenden Verhandlungen erachtet Tschechien es für wichtig, einen Konsens zu den Vorschriften für thematische Konzentration zu finden, die momentan auch in finanzieller Hinsicht sehr streng sind – die Kürzung des Umfangs der EU-Mittel und der „n+2-Verpflichtungsregel“ würde uns größere Probleme bereiten. Auf nationaler Ebene konzentrieren wir uns auf die Fortsetzung der Partnerschaftsvereinbarung und der operationellen Programme. ■



Keit

한국산업기술평가관리원
Korea Evaluation Institute of Industrial Technology

Koreanische Delegation lässt sich durch länderübergreifende Zusammenarbeit in Europa inspirieren

Bei einem Besuch des transnationalen Interreg-Mittelmeerprogramms teilte uns der Leiter des Zentrums für ausgewogene Entwicklung am Korea Evaluation Institute of Industrial Technology (KITECH) seine Meinung zur Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Mittelmeerländern mit. Das vom Präsidialausschuss für ausgewogene nationale Entwicklung geleitete Zentrum bewertet Leistungen, betreibt Forschung und stellt eine Informationsplattform für Projekte für ausgewogene Entwicklung in Korea zur Verfügung. Der Zweck des Besuchs der koreanischen Delegation war, Inspiration in der Durchführung der Regionalpolitik in Europa zu finden und sich aufzeigen zu lassen, wie Mittelmeerländer in bestimmten Bereichen zusammenarbeiten, um die Rolle der EU als starkes wirtschaftliches, soziales und politisches Instrument zu stärken.

Warum hatten Sie Interesse an einem Besuch des Interreg-Programms MED?

Ich war daran interessiert zu erfahren, wie 13 Länder im Mittelmeerraum im Sinne der Weiterentwicklung der Region zusammenarbeiten. Wie Sie sicher wissen, hat die Republik Korea (Südkorea) aufgrund der schwierigen politischen Lage und des geschichtlichen Hintergrunds häufig Schwierigkeiten, für grenzüberschreitende Entwicklungsprogramme mit Nachbarländern wie China, der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Japan zu werben. Daher habe ich gehofft, einige Erkenntnisse vom MED-Programm nach Nordostasien mitnehmen zu können.



MAESTRALE: ÜBER GRENZEN HINAUS

Der Klimawandel kennt keine Landesgrenzen. Im Sommer steigen die Temperaturen weiter an und erreichen manchmal sogar 50 °C, wodurch der Mittelmeerraum eine der Regionen ist, die am stärksten von diesem globalen Problem auf der Erde betroffen sind. Extreme Temperaturen haben Dürren, Waldbrände und Überschwemmungen zur Folge. Die Länder im Mittelmeerraum stehen diesen Herausforderungen an vorderster Front gegenüber.

Die Regierungen müssen diese globalen Fragen infolgedessen gemeinsam angehen. Kein Land kann mit solchen riesigen Herausforderungen allein fertig werden. Aus diesem Grund ruft die Europäische Kommission Programme zur transnationalen Zusammenarbeit ins Leben. Das Interreg-Programm Mittelmeerraum ist eines davon.

Im Mittelmeerraum haben Albanien, Bosnien und Herzegowina, Gibraltar, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, Malta, Montenegro, Portugal und Slowenien ihre Kräfte gebündelt, um Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden. Obgleich diese einen transnationalen Anwendungsbereich haben, profitieren von jedem einzelnen der 91 durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Programms kofinanzierten Projekte aufgrund ihrer Ergebnisse Bürgerinnen und Bürger in den vom Interreg-MED-Programm abgedeckten Regionen in ihrem Alltag.

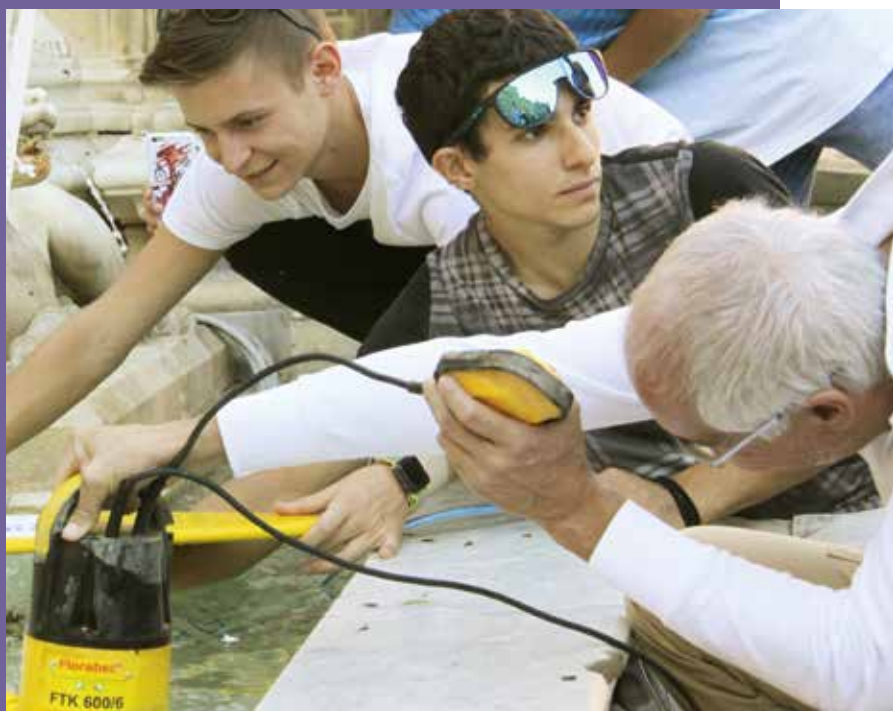
Das MAESTRALE-Projekt hat kürzlich bewiesen, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in ein Projekt zur Zusammenarbeit nicht nur möglich, sondern auch von großem Nutzen ist. Mehrere Mittelschüler der Berufsfach- und Fachschule Tito Sarrocchi in Siena, Italien, nahmen am Experiment „Blaues Wachstum“ teil, das von der Universität Siena gefördert wurde. Sie entwickelten, konstruierten und bauten einen Prototyp einer Windkraftanlage, die sie im Becken des Brunnens Fonte Gaia zur Erheiterung der Zuschauer in Betrieb nahmen.

Dies war aber nur der Anfang einer wundervollen Reise. Dieses Erlebnis wurde in Málaga, Spanien, fortgesetzt, wo anderen Schülern der errichtete Prototyp vorgestellt wurde. Gemeinsam erbauten sie eine neue, vertikale Version des Prototyps und erprobten ihn.

Welch bessere Möglichkeit gäbe es wohl, die Zukunft Europas zu gestalten, als jungen Menschen die Herausforderungen und Lösungen mithilfe der Zusammenarbeit begreiflich zu machen?

Das Interreg-MED-Programm deckt zahlreiche Themenbereiche ab: Innovationen für blaues und grünes Wachstum sowie soziale und kreative Industrien, effiziente öffentliche Gebäude, erneuerbare lokale Energiequellen in Strategien und Plänen für den Energiemix, CO₂-arme Verkehrssysteme, nachhaltiger Tourismus sowie Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcen.

Mit einem Gesamthaushalt in Höhe von 275 Mio. EUR strebt das Programm die Förderung eines grüneren, nachhaltigeren Wirtschaftswachstums bis 2020 an.



MEHR DAZU

<https://maestrale.interreg-med.eu/>

Ich war jedenfalls sehr beeindruckt, dass sich die Zusammenarbeit im Programm nicht auf Bereiche wie Technologie, FuE und Städteerneuerung beschränkt. Sie behandelt auch umfassende und länderübergreifende Probleme wie die Entwicklung einer CO2-armen Wirtschaft, den Schutz natürlicher und kultureller Ressourcen, die Förderung von Innovation und die Stärkung der Governance, die deutlich komplizierter und schwieriger zwischen den Ländern zu koordinieren sind.

Welche Erwartungen hatten Sie an Ihren Besuch eines Programms für Zusammenarbeit?

Ich hatte erwartet, über das Interreg-Programm MED mehr über das System und die Methoden zur Leistungsbewertung, den Bewertungsindex und das System für Rückmeldungen der Bewertungsergebnisse zu erfahren. Ich habe mir auch erhofft, neue Ideen für ein ausgewogenes Entwicklungsprogramm und regionale Ent-

wicklungskonzepte und ihr operationelles System zu erhalten, die auf Südkorea anwendbar sind.

Wie war Ihr grundsätzlicher Eindruck von der regionalen Entwicklung mittels europäischer Zusammenarbeit?

Es war sehr beeindruckend zu sehen, dass 13 Länder an der nördlichen Mittelmeerküste gemeinsam an der regionalen Entwicklung arbeiten und Investitionen in und Unterstützung für Projekte leisten, die in mehr als drei Ländern umgesetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk lag bei mir auf „Blauem Wachstum“, einem der sieben Themenbereiche des Programms, denn Südkorea liegt ja auf der koreanischen Halbinsel. Obgleich wir momentan mit China und Japan in Umweltfragen wie der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung über die Partnerschaft für saubere Luft in Nordostasien zusammenarbeiten, bin ich der Ansicht, dass

deren Anwendungsbereich und Kooperationsumfang ausgeweitet werden sollte. In diesem Sinne sind die Themen und Projekte des Interreg-Programms MED wie blaue Energie, Fischerei und Aquakultur, integrierte Meeresüberwachung, Biotechnologien sowie Küsten- und Meerestourismus sehr praxis- und ergebnisorientiert.

Außerdem war es hilfreich, von den detaillierten Leistungsindikatoren und Zielen jedes thematischen Ziels des Programms für den Zeitraum 2014-2020 zu erfahren. Das Zentrum für ausgewogene Entwicklung unternimmt ebenfalls Anstrengungen, die Machbarkeit von Projekten für ausgewogene Entwicklung zu prüfen und deren Leistungsindikatoren zu bewerten. ■



Scandola Naturpark, Korsika

NACHRICHTEN [IN KÜRZE]

„INTERREG HIGHLIGHTS“ –
ODER EINFACH INTERREG

In unserer unsicheren Welt ist eine Sache gewiss: Wir könnten den Steuerzahlern besser erklären, wohin ihr Geld fließt und welche Ergebnisse damit erzielt werden. Hier kommt der neue Blog „Interreg Highlights“ ins Spiel. Bei diesem Blog handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt der gesamten Interreg-Gemeinschaft, in dem eine Vielzahl an Geschichten über die menschlichen und regionalen Vorteile der Interreg-Zusammenarbeit in ganz Europa aufgezeigt werden. Es könnte der Link werden, den Sie zufrieden an Freunde und Familie verschicken könnten, wenn diese sich fragen, worum es bei Interreg geht.

In den letzten zehn Jahren ist unsere Kommunikation größtenteils von den Printmedien zu Online-Plattformen gewechselt, von denen die sozialen Medien für viele im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Jeder Trend hat aber auch seine Schattenseiten. Bei dem unvermeidlichen Überfluss an Informationen zeigen Umfrageergebnisse, dass die Menschen allmählich nach mehr verlangen, als Nachrichten mit nur 280 Zeichen. Es ist nämlich schwierig, ein tiefes Verständnis von einem Thema zu erlangen, das aus bruchstückhaften Informationen besteht. „Interreg Highlights“ strebt an, eine verlässliche und ansprechende Quelle für europäische Einblicke zu sein, indem es vielfältige, aber leicht verständliche Artikel über Interreg veröffentlicht.

Der Blog ist offen für Beiträge, die interessante Blickwinkel auf die Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg bieten, sei es durch die Menschen oder durch die Veränderungen in ihrem Leben, ihren Regionen, ihrer Politik oder ihrer Auffassung.

Sie finden „Interreg Highlights“ im Interreg-Informationsportal unter www.interreg.eu/interreg-highlights

Melden Sie sich, wenn Sie gerne eine Geschichte veröffentlichten möchten: linda.talve@interact-eu.net oder eva.martinez@interact-eu.net

AUSZEICHNUNG REGIOSTARS 2019:

Die Europäische Kommission verleiht diese Auszeichnung jedes Jahr an EU-finanzierte Projekte, die Exzellenz beweisen und neue Ansätze in der regionalen Entwicklung vorstellen. Damit auch andere Regionen und Projektmanager in ganz Europa inspiriert werden, stehen die teilnehmenden Projekte im Zentrum der Kommunikationsaktivitäten auf europäischer Ebene.

Im Jahr 2019 konzentrieren sich die RegioStars auf fünf Bereiche, die für die Zukunft der EU-Regionalpolitik wesentlich sind:

- › Förderung der digitalen Transformation;
- › Verbindung des Grünen, Blauen und Grauen;
- › Bekämpfung von Ungleichheiten und Armut;
- › Bau von klimaresistenten Städten;
- › Modernisierung von Gesundheitsdiensten.

Hochrangige Wissenschaftler beurteilen die eingereichten Projektanträge und krönen die Gewinner. Zusätzlich wählt das Publikum über eine öffentliche Online-Abstimmung ein eigenes Gewinnerprojekt, das den Publikumspreis erhält. Die Gewinner in den fünf Kategorien und der Gewinner des Publikumspreises erhalten ihren wohlverdienten Preis bei der feierlichen RegioStars-Zeremonie, die im Oktober 2019 in Brüssel stattfindet.

Ein Bewerberleitfaden steht über die [Online-Bewerbungsplattform](#) zur Verfügung, die vom 19. Februar bis 9. Mai 2019 abrufbar ist. Dort stehen alle erforderlichen Informationen, eine ausführliche Beschreibung der diesjährigen Preiskategorien sowie die Teilnahmebedingungen und Auswahlkriterien bereit. ■



GEMEINSAM LEBEN UND VONEINANDER LERNEN

**GESAMTINVESTITION
3 472 892 EUR**

**BEITRAG DER EU
2 778 313 EUR**

Die Stadt Utrecht bietet einen innovativen und integrativen Ansatz, um die Integration von Asylbewerbern vom ersten Tag an zu erleichtern. Im Projekt U-RLP, einer durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanzierten innovativen städtischen Maßnahme, leben, lernen und arbeiten Einwohner und Flüchtlinge zusammen.

Das Projekt U-RLP in Utrecht in den westlichen Niederlanden ist neben einer Asyleinrichtung untergebracht, um bedeutungsvolle Begegnungen zwischen jungen Einwohnern und Flüchtlingen zu erleichtern und anzuregen. Sie können alle die gemeinsamen sozialen Räume nutzen und von den angebotenen Programmen für die persönliche und berufliche Weiterentwicklung, z. B. internationales Unternehmertum, Sprachkurse und anderen sozialen Aktivitäten profitieren.

Das ursprüngliche Projekt U-RLP wurde im Jahr 2016 ins Leben gerufen, um lokale Bedenken gegenüber einem vorübergehenden Aufnahmezentrum für Flüchtlinge im Bezirk Overvecht zu zerstreuen. Es bestand eine hohe Nachfrage nach Wohnraum in diesem Bezirk, da viele Einwohner nur ein geringes Einkommen hatten. U-RLP bot eine Möglichkeit, lokalen jungen Einheimischen eine vorübergehende Unterkunft zur Verfügung zu stellen und die Integration von Flüchtlingen mittels zielgerichteter Begegnungen zu erleichtern, mit denen das gegenseitige Verständnis verbessert wurde.

Dieser einzigartige Ansatz ist auf lokaler und (inter)nationaler Ebene aufgrund seines Standorts in der „Einsteinreed“, einer Wohnstraße in Overvecht, als „Einstein-Plan“ bekannt. Junge Niederländer sind bereits zum Start des Projekts im November 2016 eingezogen, die Flüchtlinge kamen dann im ersten Halbjahr 2017 dazu, nachdem die staatlichen Aufnahmeeinrichtungen fertiggestellt worden waren.

Im November wurde dieses vorübergehende Aufnahmezentrum für Flüchtlinge geschlossen. Seit Januar 2019 fließen die gewonnenen Erkenntnisse in die Entwicklung des langfristigen Asylbewerberzentrums „Plan Einstein Haydn“ ein.

Schaffung einer Gemeinschaft

Das Konzept und die Vision, die hinter dem Projekt „Plan Einstein U-RLP“ stecken, folgen dem Grundsatz der „aktiven Einbeziehung vom ersten Tag an“, wodurch den Menschen die Gelegenheit geboten wird, sich von Beginn an unter die Leute zu mischen. Junge Einheimische und Flüchtlinge können von individuellen Schulungen profitieren und die angebotenen Veranstaltungen für berufliche Weiterbildung und Kurse besuchen.

Für den Projekterfolg war die Schaffung einer Gemeinschaft von besonderer Bedeutung. Ein Tag der offenen Tür im September 2017 lockte 600 Besucher an. Aus der Initiative haben sich spontane soziale Projekte wie der gemeinschaftliche Radiosender „Radio Einstein“ entwickelt. Die Einwohner haben Unternehmen gegründet, leisten Freiwilligenarbeit in der Stadt oder setzen ihr Studium fort.

Das Projekt bildet den umfassenden Ansatz der Stadt Utrecht für die Integration von Flüchtlingen ab, bei der Freiwillige und Fachleute in Abstimmung mit Interessenvertretern zusammenarbeiten.

Die niederländische Regierung prüft momentan, ob sie das Integrationsmodell von U-RLP in allen niederländischen Aufnahmeeinrichtungen einsetzen soll. Auf dem EUROCITIES Social Affairs Forum im März 2018 wurde das Projekt Vertretern lokaler Behörden als Beispiel für die Schaffung sozialen Zusammenhalts vorgestellt. ■

MEHR DAZU
<http://plan-einstein.nl/>

PROJEKTE

NEUE HOCHGESCHWINDIGKEITSZÜGE FÖRDERN DIE REGION KLEINPOLEN

GESAMTINVESTITION
71 441 548 EUR

BEITRAG DER EU
41 132 031 EUR

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung hat Investitionen in Hochgeschwindigkeitszüge und eine neue Bahnstrecke gefördert, wodurch der Ausbau der Kapazitäten der regionalen Eisenbahndienste rund um Krakau beschleunigt wurde.

Das Eisenbahnunternehmen Koleje Małopolskie hat eine S-Bahnlinie mit Hochgeschwindigkeitszügen bestückt, die den Fahrgästen entgegenkommen und umweltfreundlich sind. Ziel ist es, den Bahnverkehr in der Region Kleinpolen im Süden Polens auszubauen.

Finanzmittel des EFRE trugen zum Erwerb von 13 Elektrotriebzügen sowie zur Garantie, Wartung und Instandhaltung bei. Die Züge werden vom polnischen Unternehmen Newag SA hergestellt.

Im Rahmen des Projekts wurden außerdem neue Strecken errichtet, zum Beispiel eine Linie zwischen den beiden Wirtschafts- und Tourismuszentren Krakau und Tarnów.

Sicherheit und Komfort für Fahrgäste

Die neue Familie der „Impuls“ Elektrotriebzüge entsprechen den strengsten europäischen Standards für Aufprallenergieaufnahmevermögen und Beständigkeit.

Sie bieten den Fahrgästen zudem komfortable Funktionen wie leise Triebwagen, Klimaanlage, ergonomische Sitze, WLAN und Steckdosen. Die Züge sind so gestaltet, dass sie auch für Fahrgäste mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität geeignet sind.

Zu den weiteren fortschrittlichen Merkmalen gehören moderne audiovisuelle Fahrgastinformationssysteme, die Innenraumüberwachung, Fahrkartenautomaten und ein Fahrgastzählsystem. Alle Züge sind mit automatischen externen Defibrillatoren (AED) ausgestattet und alle Mitarbeiter erhalten Schulungen in erster Hilfe und kennen sich mit den Defibrillatoren aus.

Immer mehr Menschen entscheiden sich für die Geschwindigkeit, den Komfort und die Bequemlichkeit der neuen Züge und Strecken in der Region. So werden Verkehrsstaus und Luftverschmutzung in den städtischen Ballungsräumen in Kleinpolen reduziert. Pendler und Stadtbewohner profitieren von einer höheren Lebensqualität und die Region wird für geschäftliche Investitionen attraktiver.

Ein weiterer ökologischer Vorteil besteht darin, dass die Züge Energie aus den Oberleitungen zurückgewinnen, wodurch der Stromverbrauch verringert wird und ihr Betrieb wirtschaftlicher und energieeffizienter ist. ■

MEHR DAZU

<https://www.malopolska.pl/>

ALPENLÄNDER ARBEITEN GEMEINSAM AN EINER CO₂-ARMEN ZUKUNFT

**GESAMTINVESTITION
2 146 210 EUR**

**BEITRAG DER EU
1 580 877 EUR**

Das interregionale Projekt IMEAS bietet praktische Hilfe und Möglichkeiten für Zusammenarbeit, damit wichtige Akteure im Alpenraum den schwierigen Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft meistern.

Weltweit ist eine Energiewende im Gange, die durch den Bedarf nach einer Verringerung der Kohlendioxidemissionen zur Eindämmung des Klimawandels angetrieben wird. Die EU strebt bis 2050 als langfristiges Ziel an, ein klimaneutrales Europa zu erreichen.

Die Alpenländer stehen einigen gemeinsamen Herausforderungen gegenüber und haben die Gelegenheit, gemeinsam CO₂-arme Strategien und nachhaltige Energiepläne zu erarbeiten. Die sieben Länder des interregionalen Programms „Alpenraum“, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert wird, arbeiten im IMEAS-Projekt an einem gemeinsamen Lösungsansatz.

Die Abkürzung IMEAS steht für „Integrierte und mehrstufige Energiemodelle für den Alpenraum“. Das Projektteam ist interdisziplinär und vereint Partner mit technischer, soziologischer und territorialer Expertise.

Viele öffentliche und private Akteure aus verschiedenen Sektoren spielen in der Energiewende eine Rolle. IMEAS entwickelt ein Netzwerkmodell für alle beteiligten Interessengruppen, in dem deren Rollen, Beziehungen und Impulse für die Entscheidungsfindung dargelegt sind. Außerdem sind die verschiedenen politischen Ebenen – von Dörfern bis hin zu nationalen Regierungen – eingeflossen. Ziel ist, die Zusammenarbeit durch dieses mehrdimensionale Verständnis stärker und besser zu fördern.

Praktische Werkzeuge

Das Ziel von IMEAS ist, einen Ansatz zu gewährleisten, der für mehr Konsistenz, Integration und Partizipation steht. Die öffentlichen Behörden und anderen Verantwortlichen für nachhaltige Energie können die Projektwerkzeuge nutzen, um wichtige Akteure zu jedem Zeitpunkt der Planung und Durchführung einzubeziehen.

Die praktische Unterstützung, die über die IMEAS-Internetplattform zur Verfügung steht, umfasst Pläne für die Entwicklung langfristiger, CO₂-armer Energie nach 2020 in der gesamten Region.

Außerdem wird ein umfassender Leitfaden für eine effizientere und effektivere Umsetzung von CO₂-armen Initiativen bereitgestellt. Die Menschen können Innovationen und Erfahrungen verschiedener Ansätze, durch die sich der Alpenraum auch auszeichnet, miteinander teilen.

Das Projekt endet im Dezember 2019 und die IMEAS-Internetplattform wird für fünf Jahre, bis 2023, betrieben. Das Projekt hat zwar nicht direkt für neue Arbeitsplätze gesorgt, befasst sich aber mit vielen Problemen rund um die Energie- und Klimaplanung, in der ein wachsender Forschungs- und Innovationssektor zu verzeichnen ist. ■

MEHR DAZU

<https://www.alpine-space.eu/projects/imeas/en/home>
<https://www.imeas.eu>

TERMINE

7.-8. MAI

Budva (ME)

EUSAIR-Forum

22.-23. MAI

Bukarest (RO)

Interreg-Jahreskonferenz

20.-21. JUNI

Bukarest (RO)

„In unsere gemeinsame Zukunft investieren: 8. Konferenz über die Bewertung der Kohäsionspolitik“

7.-10. OKTOBER

Brüssel (BE)

Europäische Woche der Regionen und Städte

RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch eine im Namen der Europäischen Kommission handelnde Person übernehmen Haftung für die Verwendung der nachfolgenden Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2019

Druck: ISSN 1608-3881 KN-LR-19-068-DE-C
PDF: ISSN 1725-8294 KN-LR-19-068-DE-N

© Europäische Union, 2019

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendungspolitik der Dokumente der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABL L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos oder sonstigen Materialien, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterliegen, muss eine Genehmigung direkt bei den Inhabern des Urheberrechts eingeholt werden.

Printed by Bietlot in Belgium

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im April 2019 fertiggestellt.

FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © Agenția de Dezvoltare Regională Nord-Vest

Seite 3: © Europäische Union

Seite 4: © Europäische Union/Georges Boulougouris

Seite 5: Links © Europäische Union, 2019/ Carlo Hermann;
Rechts © Europäische Union, 2019/ Aaron Berkovich;

Seite 6: © Europäische Union, 2019

Seite 7: Links © Europäische Union, 2018/ Joshua Paul;
Rechts © Europäische Union, 2019

Seite 9: © Europäische Union

Seite 10: © URBACT

Seite 11: © Europäische Union, 2019/ Lukasz Kobus;
Finanzinstrumente

Seite 12: © Europäische Union

Seite 14: © iStock, Adrian Catalin Lazar – ©iStock, scanrall

Seite 15: © iStock/SolStock

Seite 16: © iStock/salajejan; © Agenția de Dezvoltare Regională Nord-Vest

Seite 17: © Agenția de Dezvoltare Regională Nord-Vest

Seite 19: © Agenția de Dezvoltare Regională Nord-Vest;
© Dreamstime/Horia Vlad Bogdan

Seite 20: © Agenția de Dezvoltare Regională Nord-Vest

Seite 21: © iStock/ShevchenkoAndrey; © Agenția de Dezvoltare Regională Nord-Vest

Seite 22: © iStock/matthiben; © iStock/ah_fotobox;
© iStock/laurent; © iStock/lvinst; © iStock/spooh;
© iStock/zodebala

Seite 24: © iStock/VladimiSklyarov

Seite 25: © iStock/CCeliaPhoto

Seite 26: © iStock/MariusLtu

Seite 32: © Paula Blanco

Seite 33: © Curant

Seite 34: © Magdalena Plotala

Seite 35: © iStock/taranchic; © iStock/holgs

Seite 37: © ERR/Kairit Leibold

Seite 38: ©iStock/Zaharov

Seite 39: © Transparency International Portugal

Seite 42: © Woiwodschaf Kujawien-Pommern, Polen

Seite 43: © Ministerium für regionale Entwicklung, Tschechien

Seite 44: © Korea Evaluation Institute of Industrial Technology

Seite 45: © Interreg-Mittelmeerprogramm – Projekt Maestrale

Seite 46: © iStock/Jacques8425

Seite 48: © Henni Bunnik

Seite 49: © Bartosz Tyszko

Seite 50: © iStock/jkitan

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



[@EUinmyRegion](https://twitter.com/EUinmyRegion)



[EUinmyRegion](https://www.facebook.com/EUinmyRegion)



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



[EUinmyRegion](https://www.youtube.com/EUinmyRegion)



[euinmyregion](https://www.instagram.com/euinmyregion)



[ec.europa.eu/commission/2014-2019/
cretu_de](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu_de)
[@CorinaCretuEU](https://twitter.com/CorinaCretuEU)



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Agnès Monfret
Avenue de Beaulieu/Beaulieulaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brüssel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu